

Ergebnisse der Konsultation zum zweiten Nationalen Aktionsplan im Rahmen der Open Government Partnership (OGP)

Einleitung

Transparenz politischer Prozesse ist Voraussetzung für Vertrauen in die Politik. Ein faktenbasierter öffentlicher Diskurs braucht Daten und Informationen. Werden diese zurückgehalten, leidet der Diskurs und dominieren Meinungen statt Fakten. Open Government ist ein möglicher Lösungsansatz, der konsequent umgesetzt werden muss.

Open Government, auf Deutsch offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln, ist ein ganzheitlicher Ansatz zur Belebung der Demokratie, dessen Ziel es ist, die Arbeit des öffentlichen Sektors transparent, partizipativ und kooperativ zu gestalten. Der systematische Einbezug von Bürger*innen in politischen Entscheidungen führt dabei zu einer Verbesserung staatlicher Leistungen.

Vor diesem Hintergrund übersendet das Open Government Netzwerk die konsolidierten Ergebnisse der Online-Konsultation im Prozess des 2. Nationalen Aktionsplans. Das Dokument basiert auf einer Konsolidierung und Qualitätssicherung der Ergebnisse des Konsultationsprozesses. Die Teilnehmerliste dieses Redaktionstreffens findet sich im [BSCW](#) der Bundesregierung. Bei allen Vorschlägen ist vermerkt, aus welchen anderen Vorschlägen sich diese ggf. speisen oder sofern Vorschläge kombiniert wurden, aus welchen. Im **Anhang (Tabelle 1)** finden Sie eine [Übersichtstabelle](#), aus der dieser Arbeitsschritt nachvollziehbar ist.

Die Bewertung der Vorschläge setzt sich in vier Kategorien zusammen:

- A. Vorschläge die inhaltlich und redaktionell konsolidiert wurden
- B. Vorschläge mit geringerem Reifegrad
- C. Vorschläge außerhalb der Zuständigkeit
- D. Fachfremde Vorschläge

Einleitung

A. Vorschläge die inhaltlich und redaktionell konsolidiert wurden

[Verpflichtendes Lobbyregister \(08\)](#)

[Legislative Fußspur \(91\)](#)

[Offenes Transparenzregister \(06\)](#)

[Cluster: Open Data Qualität verbessern \(111\)](#)

[Linked Open Data](#)

[Spezifikation für die Qualität von Open Data](#)

[Ebenen-übergreifende Linked Data Spezifikation](#)

[Informationen über die Barrierefreiheit von öffentlichen Gebäuden verwertbar machen](#)

[Gemeinsame Resilienz von Staat und Zivilgesellschaft \(81\)](#)

[Staatsminister*in für Bürgerbeteiligung auf Bundesebene \(24\)](#)

[Kleine Anfragen Open Data \(112\)](#)

[Digitales Ehrenamt nachhaltig fördern \(25\)](#)

[Nutzung Freier Software \(82\)](#)

[Freier Zugang zum Gemeinsamen Ministerialblatt \(38\)](#)

[Losbasierte Bürgerräte \(23\)](#)

[Open Data für Planung, Ausschreibung und Vergabeverfahren implementieren \(36\)](#)

[Öffentliche Haushalte in maschinenlesbarer Form \(37\)](#)

[Open Government Pakt und Vernetzung der Bundesländer \(96\)](#)

[Ein offenes Implantateregister \(04\)](#)

[Standardisierung von Wahldaten \(07\)](#)

[Öffnung von GovData für Jedermann \(29\)](#)

[Offene Urteile: Transparenz im Namen des Volkes \(34\)](#)

[Förderung offener Hardware-Standards \(79\)](#)

[Open Government Labore \(OGL\) \(98\)](#)

[Open Government kommunizieren \(101\)](#)

[Standardisierung von regionalen Mängel-Melder Apps \(32\)](#)

[Offene Daten für 'Mobility as a Service' \(MaaS\) \(35\)](#)

[Zentrales Verzeichnis für Open Data Anwendungen \(40\)](#)

[XÖV SPEC - Iterative Datenstandards \(41\)](#)

[Verbesserte INSPIRE-Umsetzung \(44\)](#)

[Schnittstelle zu FridaysforFuture \(46\)](#)

[Aufbau einer digitalen Dialogplattform zu Klimaschutzzielen \(61\)](#)

[Offene künstliche Intelligenz in der öffentlichen Verwaltung \(80\)](#)

[OpenDataFUND für Open-Data-basierte Wirtschaftsförderung \(84\)](#)

[European Legislation Identifier \(ELI\) \(88\)](#)

[Erweiterte Öffentlichkeitsbeteiligung bei Gesetzgebung \(90\)](#)

[Transparentes Prozessregister für OZG auf FIM-Basis \(95\)](#)

[Soziale Innovationen für die Gestaltung smarter Städte \(97\)](#)

[Gemeinsames nachhaltiges Innovationsmanagement \(78\)](#)
[Genossenschaft für gemeinsames Handeln schaffen \(105\)](#)
[Bund/Länder-Plattform für Beteiligung \(19\)](#)
[Verankerung digitaler Kompetenzen in der Zivilgesellschaft \(17\)](#)
[Weiterbildungsmöglichkeiten in Verwaltungen \(18\)](#)
[Erschließung und Ausbau des nationalen Datenraums \(31\)](#)
[Digitale Befähigung von Klimaschutzmanager*innen \(51\)](#)
[Transparenz + Nachhaltigkeit bei Hard- & Softwarebeschaffung \(60\)](#)

B. Vorschläge mit geringerem Reifegrad

[Offene Justiz \(103\)](#)
[Universelle, transparente, modulare Aus- & Weiterbildung \(68\)](#)
[Innovations- und Problemlösungsprozess der öffentlichen Hand \(86\)](#)
[e-Park \(65\)](#)
[Ökobilanzierung verpflichtend für alle Produkte & Leistungen \(62\)](#)
[Mehr Jugendbeteiligung \(20\)](#)
[Weiterführung & Vernetzung der Open Government Modellkommunen \(99\)](#)
[Civic Crowdfunding - Ideen von, mit und für die Bürger*innen! \(100\)](#)
[Weiterentwicklung offenes Regierungs- & Verwaltungshandeln \(102\)](#)
[Möglichkeiten von Eingaben und eigeninitiativer Aktivierung von Bürgerbeteiligung \(110\)](#)
[Soziale Projekte durch webbasierte Matchfunktion fördern! \(21\)](#)
[Open Source in Verwaltung \(45\)](#)

C. Vorschläge außerhalb der Zuständigkeit

[Regelungen zu digitalen Signaturen für Petitionen \(10\)](#)
[Bearbeitungsfristen für Petitionen \(11\)](#)
[Petitionen: Recht auf Behandlung bei 100.000 Unterschriften \(12\)](#)
[Landes-Open-Data-Gesetze \(26\)](#)

D. Fachfremde Vorschläge

[Raum für konstruktive Dispute im Internet \(22\)](#)
[Reform der EU-Datenbankrichtlinie \(39\)](#)
[Braunkohle Tagebau zu Pumpspeicherkraftwerken \(47\)](#)
[5G - Auswirkungen von Handynetzen auf die Umwelt \(49\)](#)
[Einführung von Beschaffungs-Richtlinien für Elektronik \(50\)](#)
[Einkauf regenerativer Energien für Verwaltung / Server \(52\)](#)
[Grüne Vorgaben für wirtschaftlich betriebene Cloud-Dienste \(53\)](#)
[Nachhaltige Stromversorgung deutscher Internet-Knoten \(54\)](#)
[Cradle-to-Cradle-Prinzipien bei öffentlichen Gebäuden \(55\)](#)
[Recycling von ausgedienten öffentlichen Elektroartikeln \(56\)](#)
[Recycling-Fähigkeit von Glasfaserkabeln \(57\)](#)
[Wirtschaft nachhaltiger machen durch Gemeinwohl-Orientierung \(58\)](#)
[Solarenergie auf ungenutzten Dächern \(Wohnhäuser & öffentl.\) \(59\)](#)
[H2 aus H2O & Öko-Strom für H2-Tankstellen \(63\)](#)

[H2 aus Abwasser plus Abwasser-Reinigung \(64\)](#)
[Verhüterli für Kohlekraftwerke und Industrie \(66\)](#)
[Arbeitsplätze der Zukunft \(67\)](#)
[Universelles; modulares Ausbildungssystem in der Pflege \(69\)](#)
[Universalcurriculum und modulare Ausbildung für Lehrer \(70\)](#)
[Kunststoffe in Textilien - Wie damit umgehen? \(71\)](#)
[Keinen Plastikmüll exportieren \(72\)](#)
[Bilderbücher für Blinde \(73\)](#)
[Lebensmittel retten \(74\)](#)
[Nachhaltige; menschenwürdige Lieferketten \(75\)](#)
[Toilettenpapier aus frischem Zellstoff verbieten? \(76\)](#)
[KI für verständliche Behörden-Kommunikation \(ausschließlich Produktwerbung\) \(83\)](#)
[Sozialer Wohnungsbau / Das 'Wohnen' von Spekulation befreien \(94\)](#)
[Förderung von LGBTQ Geschichten in Massenmedien \(106\)](#)
[Freiheit für Julian Assange! \(107\)](#)

[Anhang](#)

[Tabelle 1: Konsolidierung der Vorschläge](#)

A. Vorschläge die inhaltlich und redaktionell konsolidiert wurden

Verpflichtendes Lobbyregister (08)

(Beinhaltet/ersetzt 02, 05)

Herausforderung:

Der Austausch zwischen Interessenvertretungen und staatlichen Institutionen zu Gesetzen und politischen Entscheidungen gehört zu einer funktionierenden Demokratie.

Gegenwärtig ist für die Öffentlichkeit jedoch nicht hinreichend nachvollziehbar, wer in wessen Auftrag und mit welchen Mitteln auf politische Entscheidungen Einfluss zu nehmen versucht. Es mangelt an verbindlichen Transparenz- und Verhaltensregeln für die professionelle Interessenvertretung. Verdeckter oder irreführender Lobbyarbeit wird so nicht wirkungsvoll vorgebeugt.

Die Landschaft der Akteure der politischen Interessenvertretung hat sich stark gewandelt, ist vielfältiger und damit unübersichtlicher geworden: Neben Verbänden beschäftigen viele deutsche aber auch internationale Unternehmen, Stiftungen sowie NGOs eigene Lobbyisten und beauftragen professionelle Dienstleister wie Public Affairs Agenturen oder auf Lobbyarbeit spezialisierte Anwaltskanzleien. Finanzielle Hintergründe von Interessenvertretungen bleiben dabei zu oft im Verborgenen. Transparenzregeln müssen dieser Komplexität der Interessenvertretung sowohl auf Regierungs- wie auf Parlamentsebene gerecht werden. Die Verbändeliste des Bundestages ist daher kein adäquates Instrument zur Regulierung professioneller Lobbyarbeit gegenüber Parlament und Regierung.

Ein Lobbyregister auf gesetzlicher Grundlage würde einen verbindlichen Regelungsrahmen für die professionelle Interessenvertretung sowohl gegenüber Parlament als auch Regierung schaffen. Ein solcher Regelungsrahmen wird auch von einer wachsenden Anzahl professioneller Interessenvertreter gefordert (Deutsche Public Relations Gesellschaft, Deutsche Gesellschaft für Politikberatung, Verband der Chemischen Industrie u.a.). Im Bundestag haben sich Vertreter von CDU, SPD, Grünen und Linken ebenfalls für ein Lobby-Transparenzregister auf gesetzlicher Grundlage ausgesprochen.

Lösungsansatz:

Vorgeschlagen wird ein verpflichtendes Lobbyregister auf gesetzlicher Grundlage, das Transparenz und einen verbindlichen Regelungsrahmen für die professionelle politische Interessenvertretung schafft. Vorbilder dazu gibt es z.B. in Irland, Frankreich, Kanada und auf EU-Ebene. Die Lobbyregister-Datenbank sollte öffentlich zugänglich, durchsuch- und sortierbar sein. Interessenvertreter sollen Eintragungen online vornehmen und aktualisieren können.

Ziel ist es auch, Lobbyarbeit als legitimen Bestandteil des politischen Willensbildungsprozesses zu stärken und so das Vertrauen in die Integrität der demokratischen Entscheidungsfindung zu verbessern.

Das Gesetz sollte:

- Definieren, wer sich eintragen muss und mit welchen Rechten und Pflichten die Registrierung einher geht.
- Lobbyarbeit gegenüber dem Deutschen Bundestag sowie gegenüber der Bundesregierung erfassen.
- Verbindliche Verhaltensmaßstäbe für die Lobbyarbeit schaffen und Sanktionen bei Verletzung der Bestimmungen des Gesetzes vorsehen.
- Festlegen, welche Angaben im Register gemacht werden müssen. Für ausreichende Transparenz und die gewünschte Wirkung müsste es mindestens deutlich machen:
- Welche Lobbyist*innen für welche Auftraggeber tätig sind
- Mit welchen Politiker*innen sich Lobbyist*innen zu welchen Themen treffen
- Auf welche Gesetzentwürfe Lobbyist*innen versuchen Einfluss zu nehmen
- Wie hoch das jeweilige Budget ist, das für Lobbytätigkeiten eingesetzt wird
- Wie sich Verbände, NGOs und Stiftungen finanzieren
- Für welche Kunden Dienstleister, wie Public Affairs Agenturen oder Anwaltskanzleien tätig sind.

Meilensteine:

1. Ko-kreativer Policy-making Prozess, Einbezug von Betroffenen Akteuren & Vorbildern. Verfassungs- und datenschutzrechtliche Bewertung.
2. Klärung der technischen Umsetzung, Verknüpfung mit anderen Datenbanken (EU-Transparenzregister, Transparenzportal BReg/ Legislative Fußspur u.a.) prüfen.
3. Vorbereitung eines Gesetzentwurfs
4. Einbringung ins Parlament

Legislative Fußspur (91)

(beinhaltet/ersetzt 14, 86, 87, 89, 104)

Herausforderung:

Der vorparlamentarische Entstehungsprozess von Gesetzentwürfen ist weder für die Öffentlichkeit noch für Mitglieder des Bundestags hinreichend nachvollziehbar und transparent. Mit der Veröffentlichung von Referentenentwürfen und Stellungnahmen zu Gesetzesentwürfen der Bundesregierung ist ein erster Schritt gemacht. Dieser Weg sollte fortgesetzt werden, um im Sinne einer besseren Rechtsetzung Werkzeuge zu entwickeln, die den Prozess der Gesetzesgenese sowohl für die Verwaltung als auch für Parlament und Öffentlichkeit einfacher, transparenter und digitaler macht. Mit der Einführung einer Regelung zu einer Legislativen Fußspur bietet sich die Chance, das gesamte Gesetzgebungsverfahren zu verbessern und zu digitalisieren. Dies sollte auf den gesamten Lebenszyklus eines Gesetzes vom ersten Entwurf bis zur Evaluation angewandt werden. International gibt es für die Legislative Fußspur/Fußabdruck ("legislative footprint") gute Beispiele, etwa in Estland, die dem deutschen Kontext spezifisch angepasst und

weiterentwickelt werden könnten. Derzeit ist Deutschland nicht in der Lage, ein Gesetzgebungsverfahren ohne Medienbrüche digital abzuwickeln.

Lösungsansatz:

Die legislative Fußspur ermöglicht eine öffentlich-digitale Abbildung des gesamten Rechtsetzungsprozesses und trägt zur transparenten Gestaltung und effizienten Entbürokratisierung des Gesetzgebungsverfahrens für alle Beteiligten bei.

Wenn ein Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht wird, beinhaltet es eine veröffentlichte "legislative Fußspur", die Auskunft gibt über:

- alle Studien, Gutachten oder anderer Expertise, die zur Erarbeitung des Entwurfs herangezogen wurden
- alle öffentlichen und nichtöffentlichen Akteure, die an der Ausarbeitung des Entwurfs beteiligt waren z.B. in Form von Beauftragung durch öffentlichen Stellen, Anhörungen, Konsultationen oder Treffen mit Vertreter:innen der Bundesregierung
- alle Stellungnahmen, Briefe oder E-Mails, die Vorschläge oder Erwartungen an das Gesetz enthalten

Im Rahmen des 2. Nationalen Aktionsplans wird ein Prototyp entwickelt, der einzelne Module der legislativen Fußspur pilotiert. Diese Pilotierung könnte im Zusammenhang mit laufenden Weiterentwicklungen eGesetzgebung, eNorm, der geplanten Beteiligungsplattform und elektronischen Verkündung stehen und einen maßgeblichen Beitrag zu einem evidenz-basierten, verständlichen und transparenten Verwaltungshandeln leisten.

Mögliche Meilensteine:

1. Aufbau einer Stakeholder-Allianz für die Pilotierung mit den zuständigen Stellen innerhalb der Regierung und externen Beteiligten mit Ressourcen und Commitment
2. Sichten von bestehenden Informationsquellen und Angeboten.
3. Co-Creation Workshops zu Zielen, Prozessdesign und Meilensteinen für Prototyping eines exemplarischen und anschlussfähigen Rechtsetzungsverfahrens. Anwendung von Linked Data Spezifikationen prüfen (W3C Open Government Community Group)
4. Iterative Entwicklung eines Prototypen für einen Rechtsetzungsprozess, der bestehende Informationsquellen einbindet und Leerstellen aufzeigt sowie eine anwendungsfreundliche Handhabung im Arbeitsalltag berücksichtigt (Maschinenlesbarkeit).
5. Testen des Prototypen mit verschiedenen Anwender:innen, Strukturierung des Feedback, Vorstellung als Basis für die Weiterentwicklung im 3. NAP

Offenes Transparenzregister (06)

Herausforderung:

Deutschland gilt nach wie vor als Geldwäsche-paradies. Im Schattenfinanzindex 2018 des Tax Justice Network liegt die Bundesrepublik auf Rang sieben. Steuerflucht gelingt vor allem durch komplexe Beteiligungsstrukturen, die die wahren Eigentümer eines Unternehmens

verschleiern. Aktuelle Schätzungen zufolge beläuft sich der Schaden durch Geldwäsche für den deutschen Staat auf 29 bis 109 Milliarden Euro pro Jahr.

Lösungsansatz:

Ein offenes Transparenzregister kann Licht ins Dunkel bringen. Es zeigt, welche natürliche Person ein Unternehmen besitzt und wer signifikante Anteile oder Stimmrechte hält. Sowohl organisierte Kriminalität als auch Steuerflucht können so besser bekämpft werden. Deutschland hat bereits im Zuge im Oktober 2017 ein solches Register eingeführt, allerdings ist es kostenpflichtig und nicht offen zugänglich. Durch die Veröffentlichung des Transparenzregisters als offene und maschinenlesbare Daten (Open Data) wäre das Register frei zugänglich und kostenlos. Stehen die Daten unter einer offenen Lizenz zur Verfügung, können sie gesammelt heruntergeladen und weiter genutzt werden. So könnten Journalisten, Zivilgesellschaft und ausländische Fahnder dazu beitragen, fehlende Einträge zu finden, Missbrauchsfälle aufzuzeigen und die Datenqualität zu erhöhen. Dies wäre ein wichtiger Schritt um effektiv Steuerflucht und Geldwäsche zu bekämpfen.

Eine Bereitstellung der Daten, die zwar der Öffentlichkeit den Zugriff auf einzelne Unternehmen gewährt, nicht aber gesammelt auf den gesamten Datenbestand, würde die Analysemöglichkeiten durch Big Data und Künstliche Intelligenz außer Acht lassen. Sowohl Ermittlungsbehörden als auch andere Akteure können durch Analysen der gesamten Datenbank systemische Probleme, Auffälligkeiten und Netzwerke abbilden. Dies hat beispielhaft das Projekt OffeneRegister.de gezeigt, das durch die Bereitstellung des Handelsregisters als Open Data Recherchen zur [massenhaften Anmeldung von Unternehmen an einem Standort](#) geführt hat. Durch den Einzelzugriff auf vereinzelte Datenbankeinträge wäre dies nicht möglich gewesen. Auch eine [Untersuchung des Bundesministeriums des Innern](#) bescheinigt bereits den Nutzen von Open Data. International ist bereits ein [Open Data Standard](#) für Transparenzregister etabliert.

Ebenso relevant ist die offene Umsetzung des Transparenzregisters für die Extractive Industries Transparency Initiative (EITI), an der Deutschland teilnimmt. Wie vom internationalen EITI-Sekretariat mitgeteilt wurde, gilt es die Zugänglichkeit beim Register der wirtschaftlichen Eigentümer zu erleichtern. So fordert EITI den barrierefreien Zugang zu den Daten aller juristischen Personen einschließlich Trusts zu ermöglichen. Dies sollte regelmäßig seitens des internationalen Sekretariats überprüft werden und wird essentiell für die Beibehaltung sein.

Mögliche Meilensteine:

1. Intl. Best Practices recherchieren und Umsetzungsmöglichkeiten prüfen.
Verfassungs- und Datenschutzrechtliche Bewertung.
2. Workshopformat mit Beteiligung von Expert*innen
3. Adaption des internationalen Open Ownership Standards für Beneficial Ownership.
Ausschreibung für die Umsetzung des Transparenzregisters.
4. Umsetzung der 5. AMLD Richtlinie der EU und Aufbau eines Transparenzregisters mit offenen und maschinenlesbaren Daten, Schnittstellen und offenen Lizenzen.
5. Gemeinsamer Workshop von BMF, BMJV, BMWI, Steuerfahndungsbehörden und Zivilgesellschaft. Ziel: das offene Transparenzregister auf fehlende Einträge prüfen.

Cluster: Open Data Qualität verbessern (111)

Die Qualität von Open Government Data soll erhöht werden:

1. Sie sollen nicht nur maschinenlesbar sein, sondern als "Linked Open Data" auch Informationen zur Semantik der Daten beinhalten.
2. Für Datenbereitsteller soll es eine Spezifikation für die Qualität von Open Data geben, die leicht zu verstehen und kostenfrei zu haben ist.

Linked Open Data

Beschreiben Sie die zu lösende Herausforderung:

Offene Daten werden bisher durch die deutsche Verwaltung überwiegend in technischen Formaten veröffentlicht, die keine maschinenlesbaren Informationen zur Semantik enthalten und sich nur schwer zur Verknüpfung mit anderen Daten eignen. So enthalten CSV-Dateien beispielsweise regelmäßig zwar Text-Überschriften, aber keine maschinenlesbaren Informationen zur Semantik.

Beschreiben Sie Ihren Lösungsansatz:

Offene Daten sollen als Linked Open Data (LOD) veröffentlicht werden. Dazu sollen die W3C-Standards des Resource Description Framework (RDF) verwendet werden. Hierzu gehört u.a. JSON-LD. Es gibt zwei Wege zur Umsetzung: Daten können bereits durch die Herausgeber als LOD veröffentlicht werden oder die Daten werden an zentraler Stelle (govdata.de) entsprechend aufbereitet.

Mit dem Metadatenstandard DCAT-AP.de wurde in Deutschland durch den IT-Planungsrat erstmalig für die deutsche Verwaltung eine Linked Data-Spezifikation zur Umsetzung vorgeschrieben. Diesen begonnen Weg gilt es nun weiter zu gehen.

Spezifikation für die Qualität von Open Data

Beschreiben Sie die zu lösende Herausforderung:

In Open-Data-Portalen werden bereits zahlreiche Daten veröffentlicht. Viele dieser Daten sind jedoch von minderer Qualität, beispielsweise, weil Metadaten fehlen, proprietäre Formate verwendet oder Daten in ungeeigneter Weise formatiert wurden. Eine geringe Daten- und Metadatenqualität erschwert das Auffinden und die Weiterverwendung der Daten durch Dritte ungemein. Es existieren zwar zahlreiche Leitfäden für Open Data. Diese berühren die Thematik der Datenqualität jedoch oftmals nur marginal, sodass Datenbereitsteller im deutschsprachigen Raum wenig Unterstützung bei der Aufwertung ihrer Daten erfahren.

Beschreiben Sie Ihren Lösungsansatz:

Eine Spezifikation kann Datenbereitstellern dabei helfen, Daten und Metadaten in höherer Qualität bereitzustellen. Die Spezifikation sollte nicht nur Empfehlungen zu geeigneten Formaten und spezifischen Qualitätsmerkmalen enthalten, sondern auch Anleitung geben, wie diese konkret angewendet und in Arbeitsprozesse zur Datenaufbereitungen eingebunden werden

können. Dabei sollte berücksichtigt werden, dass Datenbereitsteller aus der öffentlichen Verwaltung oftmals über keine tiefgreifenden IT-Kenntnisse verfügen. Die Spezifikation sollte allen Interessierten kostenfrei zur Verfügung stehen.

Ebenen-übergreifende Linked Data Spezifikation

Beschreiben Sie die zu lösende Herausforderung:

Für Informationssysteme von Landes- und Bundesparlamenten sowie Ratsinformationssysteme werden bisher keine dem Stand der Technik entsprechenden international nutzbare Schnittstellen und Formate verwendet.

Beschreiben Sie Ihren Lösungsansatz:

Für die "legislative Fußspur" (siehe die anderen Vorschläge) sollen ebenübergreifende Spezifikationen verwendet werden. Für Informationssysteme von Landes- und Bundesparlamenten sowie Ratsinformationssysteme können die selben Linked Data-Spezifikationen verwendet werden. Dazu kann mit der W3C Open Government Community Group (<https://www.w3.org/community/opengo...>) zusammengearbeitet werden.

Informationen über die Barrierefreiheit von öffentlichen Gebäuden verwertbar machen

Beschreiben Sie die zu lösende Herausforderung:

Ob z.B. eine Behörde für mobilitätseingeschränkte Menschen, die auf einen Rollstuhl angewiesen sind, erreichbar ist, hängt von der Barrierefreiheit des Ortes ab sowie seiner vorhandenen Hilfsmittel. Open Government soll dazu beitragen, den Barrierefreiheits-Status von öffentlichen Gebäuden für unterschiedliche Zielgruppen transparent zu machen.

Bei Datenerhebungen entstehen oftmals sogenannte Daten-Silos, wenn neue Projekte zur Bewertung der Barrierefreiheit öffentlich zugänglicher Orte initiiert und durchgeführt werden.

Beschreiben Sie Ihren Lösungsansatz:

Um die Alltagsmobilität von Bürger*innen zu verbessern, sollen vorhandene Datenquellen zur Barrierefreiheit von Orten möglichst zusammengeführt werden. Bereits existierende Datenstandards zur Beschreibung von Barrierefreiheit sollen dazu genutzt werden. Z.B. bietet sich die Bereitstellung der Daten an <https://www.accessibility.cloud/> an. In diesem technischen Backend werden bereits Daten von www.Wheelmap.org / OpenStreetMap (OSM) sowie anderen Datenbereitstellern wie HERE Maps, Foursquare, Deutscher Bahn und zahlreichen Städten und Gemeinden zusammengefasst und für Dritte über eine API verwertbar gemacht. Vorhandene oder künftig erhobene Daten zur Barrierefreiheit von öffentlichen Gebäuden, insbesondere von Liegenschaften, die sich im Eigentum der Bundesrepublik Deutschland befinden, können hiermit eine breite Verwertung im Sinne eines erhöhten gesellschaftlichen Mehrwertes und verbesserter Mobilität erzielen.

Auch Live-Daten, die den Betriebsstatus von Aufzügen wiedergeben, können öffentlich gemacht werden. Das vom BMVI (mFUND) geförderte Projekt <https://projekt-elevate.de/> legte die Grundlage für die Möglichkeit der Datenbereitstellung von Aufzugs-Live-Informationen.

Gemeinsame Resilienz von Staat und Zivilgesellschaft (81)

Herausforderung:

Das Gemeinwohl und die Sicherheit der Bevölkerung wird neben staatlichen Institutionen zu einem Großteil von der Zivilgesellschaft gewährleistet. Insbesondere die Bereiche Katastrophenhilfe zu Land und See, (freiwillige) Feuerwehren, sowie die Versorgung von Kranken und Pflegebedürftigen sind abhängig vom Engagement zivilgesellschaftliche Akteure – von Haupt- und Ehrenamtlichen. Zugleich tragen zivilgesellschaftliche Akteure auf allen Ebenen zu einem demokratischen Diskurs bei. Eine Beeinträchtigung der zivilgesellschaftlichen Strukturen wird somit gleichbedeutend mit einer Gefährdung des Gemeinwohls in unserer Demokratie.

Mit der zunehmenden Verankerung digitaler Technologien in zivilgesellschaftliche Strukturen ergeben sich neben Vorteilen hinsichtlich Kommunikation und Selbstorganisation auch zahlreiche Risiken. Diese reichen von einer Unterminierung des öffentlichen Diskurses durch Desinformationskampagnen, Hate Speech usw. bis zu Cyberangriffen auf digitalisierte Infrastrukturen. Angreifer sind Kriminelle, Geheimdienste anderer Staaten, Terroristen sowie Antidemokraten im In- und Ausland.

Gemeinsam müssen Staat und Zivilgesellschaft angemessene Strategien und Kompetenzen entwickeln und verbreiten, ebenso entsprechende Technologie und Notfallpläne.

Lösungsansatz:

Es wird kooperativ eine „Nationale Strategie Resilienz der Gemeinwohllakteure gegen Cyberattacken und digitale Diskurszerstörung“ erarbeitet und implementiert.

Zur Kooperation gehört eine Governancestruktur, in der Staat und Zivilgesellschaft kompetent und repräsentativ vertreten sind. Es werden konkrete Zuständigkeiten, Alarmsysteme und Alarmpläne erarbeitet und verabschiedet. Vorhandene Fachinstitutionen werden mit entsprechenden zusätzlichen Ressourcen ausgestattet oder es werden entsprechend neue Institutionen geschaffen. Eine nachhaltige Repräsentanz der Zivilgesellschaft wird hergestellt, wobei bei der Auswahl innovative, digital gestützte Verfahren der Delegation aus der Zivilgesellschaft implementiert werden.

Hierbei kann auf bestehende Projekte aufgebaut werden, bspw. „Deutschland sicher im Netz“ bzw. „Digitale Nachbarschaft“ als auch Initiativen zur „Institutionalisierung des gesellschaftlichen Dialogs“ des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) in Zusammenarbeit mit nexus Institut, der digitalen Gesellschaft und weiteren zivilgesellschaftlichen Akteuren in einer Kerngruppe, die Prozesse der Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und BSI entworfen hat¹. Neben dem bereits involvierten BMI und BSI wären auf staatlicher Seite auch das BMVG relevante Akteure. Auf zivilgesellschaftlicher Ebene wäre eine Einbindung z.B. des Chaos Computer Clubs, DRK, Deutscher Feuerwehrverband, Engagementnetzwerke wie das BBE und weiterer Akteure sinnvoll.

¹<https://www.bsi.bund.de/DE/Presse/Kurzmeldungen/Meldungen/Denkwerkstatt-sichere-Informationsgesellschaft-050319.html>

Mögliche Meilensteine:

1. Forumprozess „Resilienz in der digitalisierten Gesellschaft“, um mit möglichst vielen Akteuren aus der Zivilgesellschaft eine Nationale Strategie und seine nachhaltige Umsetzung zu formulieren
2. Gründung eines gemeinsamen Beirats / Ausschusses, in dem Spezialisten, Staat und Zivilgesellschaft vertreten sind
3. Erarbeitung von Notfallplänen, Strategien, ggf. Entwicklung/Beauftragung von technischen Lösungen
4. Beschlussfassung über dauerhafte Strukturen und Ressourcen (durch Regierung? Bundestag?)
5. Bereitstellung von Mitteln und Prozessen, die die Zusammenarbeit von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren fördern und gleichzeitig Zivilgesellschaftliches Engagement stärken

Staatsminister*in für Bürgerbeteiligung auf Bundesebene (24)

Herausforderung:

In den Ländern und Kommunen Deutschlands ist Bürgerbeteiligung in Form von Information, Beratung und auch Mitentscheidung bereits in vielfältiger Weise etabliert und institutionalisiert. So gibt es etwa in Baden-Württemberg seit 2011 mit Gisela Erler eine Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung auf Kabinettsrang, die in der Regierungszentrale, dem Staatsministerium angesiedelt ist. Ihre zentrale Aufgabe ist es, die Bürgerbeteiligung im Land auszubauen, die Zivilgesellschaft zu stärken und die Mitwirkung der Öffentlichkeit und von Bürger*innen bei wichtigen politischen Themen sicherzustellen. Auf Bundesebene ist Bürgerbeteiligung nicht im gleichen Maße institutionalisiert, obwohl hinreichend belegt ist, dass mehr Information und Mitsprache nicht nur zu einer höheren Akzeptanz politischer Entscheidungen führen, sondern auch die Qualität dieser Entscheidungen durch das Einbringen verschiedenster Perspektiven und innovativer Lösungsansätze steigt.

Lösungsansatz:

Es sollte das Amt einer Staatsminister*in für Bürgerbeteiligung auf Bundesebene im Bundeskanzleramt mit eigener Stabstelle eingerichtet werden. Aufgabe der Staatsminister*in ist es, Partizipation auch auf Bundesebene von der Ausnahme zur Regel zu machen und somit die Möglichkeiten für Beteiligung bei konkreten Vorhaben, bei Strategieentwicklungsprozessen und im Gesetzgebungsverfahren weiter auszubauen. Neben dem Abbau von Hürden zur Nutzung der bestehenden Möglichkeiten ist es zudem erklärtes Ziel, neue Formate der Bürgerbeteiligung auszuprobieren und bei Erfolg Ressortübergreifend einzuführen, wozu es der gezielten Förderung von Leuchtturmprojekten bedarf, die von Regierung, Verwaltung oder der Zivilgesellschaft initiiert wurden. Dazu gehört auch die finanzielle und organisatorische Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen für mehr Beteiligung. Darüber hinaus fördert die Staatsminister*in den Aufbau beteiligungsrelevanter Kompetenzen bei den Mitarbeiter*innen der Bundesverwaltung und unterstützt den begleitend nötigen Kultur- und Strukturwandel in den Häusern.

Kleine Anfragen Open Data (112)

Beschreibung: Kleine Anfragen und ihre Antworten sind zentrale Informationen der parlamentarischen Demokratie. Medien und Zivilgesellschaft nutzen die Informationen aus den Antworten, um Recherchen zu verifizieren und an Informationen zu gelangen, die z.B. über das Informationsfreiheitsgesetz nicht erfahrbar wären. Dies ermöglicht die Nachvollziehbarkeit der Anfragen.

Leider steht das zivilgesellschaftliche Projekt KleineAnfragen.de aktuell aufgrund fehlender Ressourcen bis 2020 vor dem Aus, eine koordinierte Unterstützung wird seitens der Zivilgesellschaft, ParlamentsmitarbeiterInnen und JournalistInnen gewünscht. Die Verantwortung muss die Bundestagsverwaltung übernehmen.

Lösungsansatz: Deutschlandweite Standardisierung und Übernahme der Schnittstelle der lokalen Anbieter

Mögliche Meilensteine:

Koordinierung von einem bundesweiten Standard

1. Datenabgleich mit dem Parlamentsspiegel als Open Data zugänglich machen (vorhanden in Berlin und Sachsen)
2. Aktivierung eines identischen Exportmoduls in betreibergleichen Systemen (z.B. STARWeb)
3. Synchronisierung beheben, so dass Dokumente inkrementell eingepflegt werden können, anstatt bei Aktualisierung erst komplette Löschung vorzunehmen (Berlin)
4. Implementierung eines offenen Austauschformats für Parlamentsinhalte. Eine Möglichkeit ist OParl, der offene Standard, der von vielen Ratsinformationssystemen schon genutzt wird.
5. Eine „Open Source“-Lösung muss angestrebt werden, um einen dauerhaften Betrieb sicherzustellen und um dem Leitsatz „Öffentliches Geld – öffentliches Gut“ gerecht zu werden.

Digitales Ehrenamt nachhaltig fördern (25)

Herausforderung:

Seit vielen Jahren engagieren sich bereits zahlreiche Menschen als digitale Ehrenamtler*innen. In Projekten wie Wikipedia, Jugend Hackt, Code for Germany oder Correlaid zeigen diese, wie essentiell ihr Engagement für eine offene und partizipative Demokratie ist. Um den Open Government Ansatz erfolgreich umzusetzen, benötigt es nachhaltige zivilgesellschaftliche Beteiligung. Dafür fehlt an vielen Stellen die nachhaltige Finanzierung der zivilgesellschaftlichen Infrastruktur.

Die Nachhaltigkeit der Communityaktivitäten hängt primär von privat geleisteten Finanzmitteln ab, welche sich für die dauerhafte Fortführung als außerordentlich schwierig und nicht nachhaltig erweist. Communityaktivitäten sind als Bestandteil einer Smart City unabdingbar notwendig und wichtig. Entsprechend der etablierten Förderungen im Kultur-,

Sport- oder Sozialbereich, ist es erforderlich, das klassische Ehrenamt auch auf den Bereich „Digitales“ auszuweiten und strukturell zu unterstützen.

Lösungsansatz:

Der Bund könnte ein eigenes Förderprogramm “Digitale Zivilgesellschaft stärken” anlegen, welches sich zum Ziel setzt in die Infrastruktur bestehender zivilgesellschaftlicher Strukturen zu investieren. Dabei sollte sowohl die Langfristigkeit als auch die regionale Ausweitung bedacht werden. Alternativ sollten Schwerpunkte wie “digitale Zivilgesellschaft” und “Open Government” in bestehende Förderprogrammen aufgenommen werden.

Nutzung Freier Software (82)

Herausforderung:

Die von unseren öffentlichen Verwaltungen angebotenen und genutzten digitalen Dienste sind die kritische Infrastruktur demokratischer Nationen des 21. Jahrhunderts. Um vertrauenswürdige Systeme zu etablieren, müssen öffentliche Stellen sicherstellen, dass sie die vollständige Kontrolle über die Software und die Computersysteme im Kern unserer staatlichen digitalen Infrastruktur haben.

Wir brauchen Software, die den Austausch guter Ideen und Lösungen fördert. So können wir die IT-Dienste für Menschen überall in Europa verbessern. Wir brauchen Software, die Wahlfreiheit, Zugang und Wettbewerb garantiert. Wir brauchen Software, mit der öffentliche Verwaltungen die volle Kontrolle über ihre kritische digitale Infrastruktur zurückgewinnen und von einigen wenigen Unternehmen unabhängig werden und bleiben können.

Lösungsansatz:

Öffentlich finanzierte Software muss Freie Software/Open Source sein. Freie Software/Open Source ist ein modernes öffentliches Gut, das es jedermann erlaubt, Anwendungen, die wir täglich einsetzen, frei zu verwenden, zu verstehen, zu teilen und zu verbessern.

Freie-Software- und Open-Source-Lizenzen bieten Schutz vor einer Beschränkung auf Dienstleistungen bestimmter Unternehmen, welche restriktive Lizenzen verwenden, um den Wettbewerb zu behindern. Freie Software/Open Source stellt sicher, dass der Quellcode zugänglich ist, so dass Hintertüren und Sicherheitslücken behoben werden können, ohne von einem bestimmten Dienstleister abhängig zu sein.

Freier Zugang zum Gemeinsamen Ministerialblatt (38)

Herausforderung:

Das Gemeinsame Ministerialblatt der Bundesregierung; das vom Bundesinnenministerium herausgegeben wird, ist hinter einer Bezahlschranke versteckt. Dabei werden darin für die gesamte Bevölkerung verbindliche Verordnungen, Richtlinien und Erlasse der Bundesministerien veröffentlicht.

Diese gilt es frei, öffentlich und digital zugänglich zu machen.

Lösungsansatz:

Der Zugang muss frei zugänglich sein.

Im Jahr 2019 endet der Vertrag des BMI mit den zuständigen privaten Verlag. Dies sollte genutzt werden um einen neuen Vertrag auszuarbeiten, der die Bezahlschranke entfernt und frei zugänglich macht. Oder das Ministerium auffordert dies selbst auf der Seite des Ministeriums und im govdata-Portal zu veröffentlichen.

Die Verordnungen müssen im Sinne des Open Data frei und maschinenlesbar zugänglich werden. Die Veröffentlichung als Textformat sollte Vorrang haben vor der Veröffentlichung als PDF-Datei. Trotzdem ist PDF ein angemessenes Format.

Mögliche Meilensteine:

1. Akteure (Ministerien, OGP-Beteiligte) zusammenbringen und gemeinsam nach die besten der zwei Lösungen finden
2. Zugänglichkeit der Daten festschreiben
3. Umsetzung der in 1. gefundenen Lösung
4. Prüfung der Bereitstellung über govdata-Portal

Losbasierte Bürgerräte (23)

Herausforderung:

Angesichts von schwindender Zufriedenheit mit Politik und Demokratie bei einer wachsenden Zahl von Bürger*innen in westlichen Demokratien allgemein und auch speziell in Deutschland hat die Bundesregierung im Koalitionsvertrag die Einsetzung einer Expertenkommission vereinbart. Diese soll Vorschläge erarbeiten, ob und in welcher Form unsere bewährte parlamentarisch-repräsentative Demokratie durch weitere Elemente der Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie ergänzt werden kann. Zudem sollen Vorschläge zur Stärkung demokratischer Prozesse erarbeitet werden.

Lösungsansatz:

Angelehnt an die sog. „Citizens‘ Assemblies“ in Irland sollten in Deutschland (und auch auf Europäischer Ebene) Bürgerräte mit per Losverfahren ausgewählten Bürger*innen etabliert werden.

Die in den Bürgerräten behandelten Themen könnten entweder mittels repräsentativer Umfragen oder durch einen vorangehenden Bürgerrat, in jedem Fall in enger Abstimmung mit Bundesregierung und Bundestag, festgelegt werden. In Irland hat sich u.a. beim Abtreibungsrecht gezeigt, dass auch Konfliktthemen mit diesem Verfahren erfolgreich bearbeitet werden können. So könnte ein Bürgerrat in Deutschland aus 100 bis 160 Bürger*innen bestehen, die während zwei bis fünf Wochenenden für jeweils spezifische Themen unabhängige Empfehlungen für die Politik ausarbeiten. Um dabei Überparteilichkeit, Heterogenität, Ergebnisoffenheit und einen echten Querschnitt der Bevölkerung zu gewährleisten, werden die Bürger*innen bundesweit mittels Zufallsauswahl per Los ausgewählt. Zudem erhalten die Teilnehmenden eine Aufwandsentschädigung und bei Bedarf Unterstützung bei der Betreuung von Angehörigen.

Die Durchführung der Veranstaltungen wird von Moderator*innen unterstützt, zudem können Expert*innen (Wissenschaft, Verbände, Gesellschaft) und Politiker*innen sowie vom Thema Betroffene konsultiert werden, die jedoch selbst kein Mitspracherecht bei der Ausarbeitung

der Empfehlungen haben. Frühzeitige Einbindung von Politik und Verwaltung stellt sicher, dass die Ergebnisse der Bürgerräte in den politischen und parlamentarischen Diskurs einfließen und in den entsprechenden Gremien diskutiert werden. Eine nachgehende Bearbeitung der Empfehlungen des Bürgerrats im politischen Prozess muss gewährleistet sein, z.B. in den zuständigen Bundesministerien und Ausschüssen des Bundestags und Bundesrats. Der Anspruch sind also unabhängige Empfehlungen der Bürgerräte als Mehrwert für die Politik, nicht jedoch als Ersatz für den parlamentarischen Diskurs, aber jenseits bekannter Partikularinteressen/Interessenpolitik.

Open Data für Planung, Ausschreibung und Vergabeverfahren implementieren (36)

Herausforderung:

Ein Großteil des deutschen Haushalts wird über Verträge mit Unternehmen abgewickelt, ein dreistelliger Milliardenbetrag, der über 30% der jährlichen Regierungsausgaben ausmacht. Wer davon profitiert lässt sich schwer herausfinden. Und ob die Entscheider in der Politik dies im Interesse der Bürger tun auch nicht. Dies macht den Bereich der Verträge eines der wesentlichen Bereiche, für die offene Daten vorhanden sein sollten.

Wo bei den großen Verträgen (über €144,000 und bei Infrastruktur-Projekten sogar noch wesentlich höher), dank der EU Regulationen per EU TED die Informationen öffentlich sein müssen, ist bei kleinen und mittleren Verträgen, die den Großteil der Aufträge ausmachen, wenig zu finden. Die offiziellen Portale der Bundesregierung haben oft nicht einmal die Vertragssumme.

Lösungsbeschreibung:

Mehr Transparenz in der öffentlichen Vertragsvergabe durch die Veröffentlichung von offenen Daten von der Planung, Ausschreibung, Vergabe und Vertrag. Dies sollte sich an Open Contracting Data Standard als internationalem Standard ausrichten und aufbauen. Über 20 Länder setzen ihn ein, von der Ukraine, bis zur UK. Für die OECD und die EU Kommission ist es die beste Praxis Daten zu veröffentlichen. Die Vorteile: eine Identifikationsnummer für jeden Vergabeprozess von der Planung bis zur Bezahlung; Daten die sowohl mehr Wettbewerb für Unternehmen fördern, als auch ermöglichen, Risiken für mögliche Korruption zu sehen; keine neue Vergabesoftware, sondern auf existierenden Systemen aufbauend.

Die UfaB muss entsprechend geändert werden, dass neue Ausschreibungen die Daten erheben oder enthalten, verpflichtend als Offene Daten zur Verfügung gestellt werden. Dies sollte sowohl für Dienstleistungen, Güter, Bau, als auch für eingekaufte Software gelten. Die Bereitstellung soll zeitnah und über den Open Contracting Data Standard erfolgen. Wenn möglich soll eine Verknüpfung zum Datenportal erfolgen, so dass diese automatisch veröffentlicht werden können. Das Center for Global Development in Washington hat bereits [Prinzipien](#) verabschiedet die sich mit der Thematik um Geschäftsgeheimnisse beschäftigen.

Mögliche Meilensteine:

1. Ein Analyse der Systeme, die landesweit im Einsatz sind und aktuell veröffentlichten Information
2. Abgleich der veröffentlichten Informationen mit dem Open Contracting Data Standard
3. Identifizierung der Information, die zur Veröffentlichung priorisiert werden sollte (zum Beispiel in einem Workshop mit relevanten Stakeholdern)
4. Planung, Ausschreibung und Verfahrensdaten als Open Data bereitstellen

Öffentliche Haushalte in maschinenlesbarer Form (37)

Herausforderung:

Öffentliche Haushalte müssen für alle Bürger zugänglich sein. Allerdings werden sie fast nur als PDF-Dokumente veröffentlicht. Dadurch ist es schwierig Zusammenhänge zu erkennen, Vergleiche anzustellen oder eigene Auswertungen und Zusammenstellungen zu erstellen. Bestehende Lösungsansätze wie z.B. offenerhaushalt.de openspending.org unsere-gelder.de einbeziehen und Umsetzungen auf Länderebene, wie auf berlin.de und Rheinland-Pfalz anschauen.

Haushaltsstandard für Kommunen in Deutschland umsetzen und verpflichtend für alle Ebenen der Verwaltung einführen.

Lösungsansatz:

Aufbauend auf vorhandene Standards (openspending.org / Fiscal Data Package) soll ein Haushaltsstandard für den deutschsprachigen Raum erarbeitet werden.

Dazu sollten bestehende Lösungen aus Berlin und Rheinland-Pfalz einbezogen und weiterentwickelt werden. Ein Blick nach Österreich zeigt weitere gute Beispiele.

Darüber hinaus sollte eine Verpflichtung zur Bereitstellung der Daten mit dem neuen Standard für alle Ebenen der Verwaltung angestrebt werden.

Mögliche Meilensteine:

1. Konsultation der aktuellen Akteure um gemeinsam eine Lösung zu finden
2. Zusammen mit Herstellern und Zivilgesellschaft eine Arbeitsgruppe bilden, um den Standard umzusetzen
3. Zeitnahe Umsetzung (2 Jahre) des Standards durch Hersteller
4. Verpflichtung aller Verwaltungsebenen zur Veröffentlichung der Haushaltsdaten als maschinenlesbare Daten im Datenportal

Open Government Pakt und Vernetzung der Bundesländer (96)

Herausforderung:

Die Open-Government-Aktivitäten der Kommunen, der Länder und des Bundes sind bislang in weiten Teilen zufällig, auf einzelne Pioniere beschränkt, nicht systematisch vernetzt und zudem meist auf technologische Perspektiven verengt. Länder und Kommunen gilt es für ein offenes Verwaltungshandeln zu gewinnen. Föderalismus, kommunale Selbstverwaltung, Ressortprinzip & Konnexivitätsprinzip sorgen für einen Wettbewerb der Ideen, zufällige Umsetzungen nach Kassenlage und Treibern, mangelnde Interoperabilität und divergierende Qualitätsniveaus. Auf kommunaler Ebene wird Open Data und Open Government eher eine

freiwillige Leistung bleiben. Trotz Überforderung der Kommunen nehmen Kreise und Länder nicht übergreifende Aufgaben wahr.

Lösungsansatz:

Ein Open Government Pakt könnte die Praxis verändern, wenn ein breiter Diskurs vorausgeht, der OG umfassend als Kulturveränderung adressiert. Einem solchen Grundsatzdokument könnten dann öffentliche Körperschaften bewusst beitreten. Mit einem Pakt sollen die vielfältigen Open Government Aktivitäten eines Landes, seiner Ministerien, seines Landtags, der Kreistage und Gemeinderäte und der Kommunalverwaltungen aktiv unterstützt, gestärkt und ausgebaut werden. Der Pakt liefert die Grundlage für ein gemeinsames Verständnis von Open Government auf Basis der Kriterien der OGP. Dies wird vorhandene Unsicherheiten und Ängste nehmen. Zugleich lassen sich die Open-Government-Pioniere in den Kommunen und Ministerien ansprechen, aktivieren und mit den erfahrenen Akteuren im Land und in der Zivilgesellschaft vernetzen. Die Entwicklung lokaler Lösungen soll gefördert, Innovation vor Ort entwickelt und gute übertragbare Ideen aus Bürgerschaft, Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft rasch in die Breite gebracht werden. Vor allem Kommunen sollen von dem Pakt und der Plattform profitieren. Zugleich kann die interkommunale und ebenenübergreifende Einhaltung von Datenstandards gestärkt und gewährleistet werden.

Ein Pakt soll vor allem die Gestaltung des Transformationsprozesses vereinfachen und die Öffnung beschleunigen. Für die Kommunen hat das den Vorteil, dass die bereits aktiven Fachämter in ihrem Digitalisierungs- und Transformationsprozess nachhaltig unterstützt und gestärkt werden.

Ein offenes Implantateregister (04)

Herausforderung:

Die Implant Files (<https://projekte.sueddeutsche.de/im...>) haben erhebliche Qualitätsmängel bei Medizinprodukten in Deutschland aufgedeckt. Ein schwerwiegendes Problem war, dass Patienten nicht in der Lage waren, sich zuverlässig über bekannte mangelhafte Produkte zu informieren.

Lösungsansatz:

Für die Errichtung eines Implantateregister hat das Bundesgesundheitsministerium im Januar 2019 einen Gesetzentwurf vorgelegt. Dieser sieht jedoch nicht vor, dass Patienten und die interessierte Öffentlichkeit auf eine offene und transparente Datenbank mit nachweislich fehlerhaften Medizinprodukten zugreifen können und sich so selbst informieren können, wie es etwa in den USA der Fall ist. Die Informationen sollen zwar bei einer dem Ministerium nachgeordneten Behörde gesammelt werden, allerdings nicht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Stattdessen sieht der Entwurf einen umständlichen und arbeitsintensiven Prozess vor, nach dem Implantate und Patienten registriert und erst bei auftauchenden Mängeln einzeln informiert werden sollen. Ein offenes Implantateregister ohne personenbeziehbare Daten würde viel Arbeit ersparen, die Privatsphäre von Patienten schützen und die Accountability im Gesundheitsbereich fördern.

Standardisierung von Wahldaten (07)

Herausforderung:

Zu Bundestagswahlen kann man bei [bundeswahlleiter.de](https://www.bundeswahlleiter.de) eine Datei mit allen Wahlergebnissen auf Wahlbezirksebene (d.h. Urnen- und Briefwahlbezirke) herunterladen. Soweit man für die Bundestagswahl zusätzlich erfahren möchte, wo sich ein Urnenwahlbezirk befand (z.B. genaue Adresse, Geokoordinaten des Wahllokals und geographisches Einzugsgebiet), ist dies nicht möglich.

Für alle anderen Wahlen, angefangen von der Europawahl bis hin zu kommunalen Wahlen, stehen aktuell keine Ergebnisdaten auf der Webseite zur Verfügung. Diese sind je nach Zuständigkeit und Bereitschaft zur Veröffentlichung auf vielen verschiedenen Seiten der EU, der Länder, der Kreise und Kommunen in diversen Formaten (von csv bis pdf), oft nur für die letzten Wahlen, verfügbar. Zudem werden die Wahlergebnisse auf Wahlbezirksebene nur nach Auszählung aller Stimmen bereitgestellt, so dass die Zwischenergebnisse im Detail nicht ersichtlich sind.

Lösungsansatz:

Sinnvoll wäre eine bundeseinheitlich standardisierte Veröffentlichung von Wahldaten. Dieser Standard könnte direkt aus der kommunalen Wahlsoftware erzeugt werden und bis zur verantwortlichen Stelle (z.B. Bundeswahlleiter, Landeswahlleiter) beibehalten werden. Eine Kumulierung der Daten auf verschiedene Ebenen (z.B. Wahlbezirk, Gemeinde, Kreis, Land, Bund) wäre dann einfach und für jeden offen nachvollziehbar möglich. Der Standard könnte neben den reinen Ergebnisdaten dann auch Adressdaten des Wahllokals und Geokoordinaten enthalten (soweit diese kommunal vorliegen). Der Standard könnte auch auf Kandidaten, Straßenverzeichnisse und ähnliche Wahlinformationen ausgeweitet werden.

Hierdurch würden die aktuell an vielen Stellen inhaltlich unterschiedlich veröffentlichten Daten rund um alle Wahlen einheitlich und offen nutzbar zur Verfügung stehen. Für Bundestags- und Europawahlen auf den Seiten des Bundeswahlleiters, für andere Wahlarten auf den Webseiten des jeweiligen Landeswahlleiters oder des kommunalen Wahlleiters.

Dies hätte eine deutliche größere Transparenz und Offenheit im Umgang mit Wahldaten nach außen zur Folge. Innerhalb der Bundes-, Landes- und Kommunalverwaltung würde der Aufwand für die Datenbereitstellung und interne Verarbeitung durch Standardisierung deutlich sinken. Zusätzlich wäre eine mediale Aufbereitung und Vergleiche von Wahlergebnissen mit wesentlich weniger Aufwand für alle Beteiligten umsetzbar.

Erste Überlegungen diverser Akteure (OKF, OpenData Region Rheinland, Vote IT GmbH, kdVz Rhein-Erft-Rur und einzelne interessierte Bürger) bestehen bereits und können [hier](#) nachvollzogen werden.

Öffnung von GovData für Jedermann (29)

Herausforderung:

Es gibt noch mehr offen verfügbare Daten, die nicht direkt in den Behörden anfallen. In Bibliotheken, Museen und anderen halbstaatlichen oder privat geführten Bereichen entstehen freie Daten. Diese sollten ebenfalls über das gemeinsame Metadatenportal GovData.de gefunden werden können.

Lösungsansatz:

In Österreich existieren 2 Portale: eines für Verwaltungsdaten, eines für Daten außerhalb der Verwaltung. Dies ist eine Lösung, oder GovData öffnet sich für Daten von "Jedermann".

Offene Urteile: Transparenz im Namen des Volkes (34)

Herausforderung:

Gerichte urteilen „im Namen des Volkes“. Wer zu seinem Recht kommen will, muss die Rechtsprechung. Das ist allerdings nur bedingt möglich. Teilweise werden Urteile nur für einen Zeitraum von 5 Jahren eingestellt, teilweise sind die Nutzungsmöglichkeiten der Datenbanken stark eingeschränkt. Manche Urteile sind gar nicht oder nur hinter Paywalls verfügbar. Die Initiative OpenJur hat vorgemacht wie es geht, einige Bundesländer sind gefolgt. Andere und die Bundesgerichte fehlen noch.

Lösungsansatz:

Bund und Länder verpflichten sich, offene und freie Rechtsprechungsdatenbanken bereitzustellen, die nicht durch Lizenzmodelle eingeschränkt sind und dauerhaft verfügbar sind. Die Bundesländer, die dies bereits umgesetzt haben, verpflichten sich, ein Leitfadensystem mit Erfahrungen und Erkenntnissen bereitzustellen. Die übrigen zuständigen Ministerien auf bundes- und landesebene verpflichten sich, einen Fahrplan hin zu Rechtsprechungsdatenbanken aufzustellen. Ziel ist eine Datenbank, die alle Urteile kostenlos und lizenzfrei zur Verfügung stellt. Erstellung eines Leitfadens mit Handlungsanweisungen und best practices durch Justizministerien (wie z. B. Bayern), die bereits den Schritt hin zu einer offenen und freien Urteilsdatenbank vollzogen haben. Absichtserklärung anderer Stellen auf Bundes- und Landesebene
Öffnung der Urteilsdatenbanken, Abschaffung unnötiger Einschränkungen durch kommerzielle Lizenzen
Ideensammlung hinsichtlich eines gemeinsamen Portals, das alle Urteile an einem Ort zugänglich macht.

Förderung offener Hardware-Standards (79)

Herausforderung:

Die Entwicklung von Hardware, insbesondere Hochtechnologie, erfolgt bislang gerne hinter verschlossenen Türen. Hierbei haben Entwicklungsabteilungen von Großunternehmen einen deutlichen Wettbewerbsvorteil gegenüber kleineren Entwicklungsteams. Darüber ist die Entscheidungsmacht von Konsumentinnen und Konsumenten stark eingeschränkt, denn sie

können nicht-offene Hardware nur schwer reparieren oder für ihre Anwendungsfälle modifizieren.

Lösungsansatz:

Bei Software sind bereits Open-Source-Lösungen etabliert - hier existieren bereits Lizenz-Modelle und Millionen von Projekten. Dieses Muster wäre auch Hardware zu übertragen - seien es Baupläne oder Fertigungsprozesse von einfachen Geräten oder gar Hochtechnologien (Mikroprozessoren, etc.).

Das Projekt "Open Source Ecology" hat in diesem Zusammenhang bereits einige Vorarbeit geleistet und entwickelt diese kontinuierlich weiter. Denkbar wäre ein Förderprogramm vergleichbar zum "Prototype Fund" (Förderung von Open-Source-Software), das auf Open Hardware zugeschnitten wird.

Open Government Labore (OGL) (98)

Herausforderung:

Open Government stärker in unterschiedliche Anwendung bringen, populärer machen und weiter erforschen. Insbesondere auf kommunaler Ebene, denn dort finden die Schauplätze statt, um verlorenes Vertrauen zwischen Gesellschaft und staatlichen Institutionen wiederzugewinnen. Auch findet dort die gesellschaftliche Aushandlung in komprimierten Beziehungen statt.

Lösungsansatz: Gründung von OpenGovLabs bestehend aus VerwaltungsmitarbeiterInnenAkteuren aus der Zivilgesellschaft, Akademia und Wirtschaft. Damit Open Government als Kulturtechnik an Verbreitung gewinnt, sollte es in möglichst vielen und unterschiedlichen Fällen angewendet, erprobt und erforscht werden. Dazu eignen sich insbesondere Laborsituationen aus unterschiedlichen Gründen: Zum einen können OGL beispielsweise als Räume definiert werden, die vor (partei-)politischen, hierarchischen und anderen exkludierenden und hemmenden Faktoren schützen und somit als eine gute Grundlage für einen offenen Prozess verstanden werden. Sie bilden damit eine gute Voraussetzung für Open Government in der Praxis. Weiter können OGL als physische und virtuelle Werkstätten der Co-Kreation angewendet werden, die mit entsprechenden Werkzeugen ausgestattet sind. Schließlich können OGL als observier- und evaluierbare Bedingungen bei der Anwendung von Open Government und entsprechenden Instrumenten für die Erforschung von Open Government in unterschiedlichen Fällen verstanden werden. So können Open-Government-Anwendungsfälle und die OGL selbst sowohl durch Wissenschaft als auch durch die handelnden Akteure selbst beobachtet, verglichen und typisiert werden. Die daraus entstandenen Erkenntnisse können geteilt werden und dabei helfen, Open-Government in der Praxis weiter begreifbarer und populärer zu machen. Zudem können Open-Government-Labore eine treuhänderische Funktion in den bei co-kreativer Zusammenarbeit zwangsläufig entstehenden Ökonomien aus intellektuellen, gegenständlichen und monetären sowie zeitlichen Aufwänden und damit evtl. entstehenden Anspruchspsychologien zu Sichtbarkeit und Teilhabe übernehmen und diese moderieren. Ein OGL erfüllt idealerweise alle vier genannten Dimensionen.

Damit beispielsweise echte Digitalisierung stattfinden kann müssen Menschen vor Ort diese denken, umsetzen und vorantreiben. Laufzeit: 5 Jahre mit Option auf Weitere 5 : langfristige Veränderungsprozesse, Nachteil bei zweijährigen Programmen ist die verhältnismäßig lange Anlaufzeit. Legislaturperioden sind auch 4 oder 5 Jahre für erfolgreiches Arbeiten.

Weitere Anwendungs- u. Forschungsfelder für OGL können beispielsweise sein:

- OGL Digitalisierte Nachhaltigkeitsgesellschaft u. Demokratische Digitalisierung
- OGL Kommunale Leitbildprozesse Agenda2030
- OGL FridaysForFuture / Jugendbeteiligung
- OGL Bildung und Schülervertretung
- OGL Bessere Rechtsetzung / Legislative Fußspur
- OGL Entwicklung Open-Government-Pakt
- OGL Kommunales Twinning zwischen urbanem und ländlichem Raum
- OGL Grenzüberschreitende Digitalisierung in europäische Grenzregionen
- OGL Kommunale/regionale Mobilitätswende
- OGL Kommunalen/regionalen Strukturwandel
- OGL Kommunale OZG-Projekte
- OGL Urbane Flächenökonomie und Wohnraum
- OGL Planung und Gestaltung öffentlicher Raum und Stadtbild
- OGL Einwanderung, Integration und soziale Inklusion
- OGL Gleichwerte Lebensverhältnisse für eingeschränkte Personen (zB Barrierefreiheit, leichte Sprache)

Exemplarisch: Physischer und virtueller Ort z.B. offener Workspace 8 bis 22 Uhr, damit Verwaltung und Zivilgesellschaft gemeinsame Zeiten zum Arbeiten an Lösungen für Herausforderungen finden können, gemischte interdisziplinäre Teams aus

- Fachexperten
- Juristen
- Designer
- lokale etablierte soziale/engagierte Akteure (z. B. Tafel, Frauenhäuser etc.) → Verbindungen zum "analogen" Ehrenamt
- Stiftungen
- Softwareentwickler
- "neutraler Host": rechtliche Form muss lokal definiert und abgesprochen werden, aber Transparente, keine geschlossen tagenden Gremien. (e. V., Genossenschaft, öffentliche Stiftung...)

Mögliche Meilensteine:

1. Bis Ende 2019: Studie / Konzeptpapier / Guideline
 - a. Aus den Ideen eine grobe, offene Konzept-Blaupause als Vorlage entwickeln mit den Grundprinzipien
 - b. Lokale Akteure identifizieren
 - c. Erfahrungen von Codeforall.org / Internationale OpenGov Erfahrungen nach Deutschland holen

2. Bis Ende Q2 / 2020: Ratifizierung / Akzeptierung / Legitimierung des bei Milestone 1 beschriebenen
3. Ausschreibung eines Förderprogramms durch den Bund
4. Evaluation und Neuauflage der Ausschreibung für die nächste 5-Jahres-Runde.

Open Government kommunizieren (101)

Beschreibung: Open Government bzw. die OGP sind als Konzept nicht besonders bekannt in Deutschland. Dies erschwert die Einbindung von Akteure, die sich mit Inhalten aus dem Bereich Open Government befassen, aber nicht unter diesem Begriff. Dem OGP-Prozess selbst fehlt es somit noch an ausreichend politikfeldübergreifendem Engagement. Open Government ist noch nicht breit als strategisches Konzept bekannt – das gilt auch für die Zivilgesellschaft. Gilt auch für die Wirtschaft (daran arbeiten z.B. NGOS wie „The B-Team“).

Lösungsvorschlag: Durch die direkte Ansprache von Netzwerken, Dachverbänden etc. sollen die Themen, die Open Government umfasst, nach außen hin klar und breiter kommuniziert werden. Dazu sollen entsprechende bereits etablierte Netzwerktreffen, Gremien etc. als Plattform zur weiteren Verbreitung von OpenGov genutzt werden.

Offene Fragen: Wie kann gezielt auf Netzwerke zugegangen werden, wie kann man Akteure vernetzen? Wer könnte eine Art „Starter-Kit“ für Kommunikation erstellen? Sollten „OpenGov Meetups“ angeboten werden (nicht zu Daten, Technik, o.Ä., sondern allgemein)? Wie erreicht man z.B. Universitäten, Forschungseinrichtungen, überregionale + europaweite Initiativen, Senioren- u. Jugendorganisationen, Minderheiten?

Mögliche Meilensteine:

1. Ausbau von open-government-deutschland.de um Fallbeispiele oder eine Projektlandkarte (die URL macht für Uneingeweihte wenig Sinn, da der Begriff nicht zielgruppenorientiert ist)
2. Ein Open Gov Kongress 2020 (Multi-Stakeholder)
3. Hochrangiger runder Tisch mit Verbänden

Standardisierung von regionalen Mängel-Melder Apps (32)

Herausforderung:

Zahlreiche Städte und Kommunen bieten bereits eine Möglichkeit der "Mängel-Meldung" via Webanwendung oder mobiler App an. Hierbei können die Bürgerinnen und Bürger bspw. auf Schlaglöcher, Verschmutzungen, usw. aufmerksam machen. Gängige Beispiele sind die Mängel-Melder der Stadt Karlsruhe, Kaarst, Fridrichshafen, Maerker.Brandenburg.de oder der Melde-Michel der Stadt Hamburg. Diese Anwendungen speichern ihre Daten noch nicht auf Basis eines einheitlichen Standards, sondern sind in Daten-Silos gespeichert und werden nicht außerhalb der zuständigen Gebietskörperschaft weitergeleitet.

Lösungsansatz:

Es soll ein Projekt initiiert werden, das einen einheitlichen Datenstandard für die Meldung von Störungen und Schäden bereitstellt. In Kooperation mit mehreren Kommunen soll eine

standardisierte Web-Anwendung bzw. mobile App entwickelt werden, die Open-Source zur Verfügung gestellt und von mehreren Städten und Kommunen eingesetzt werden kann. Durch einen Open-Data-Standard wird gleichzeitig die Aggregation aller bundesweit gemeldeten Störungen und Schäden möglich und damit ihre Auswertung. Mit Open311 existiert bereits ein passender und etablierter Standard. Dieser sollte in alle Mängelmelder eingebaut werden.

Offene Daten für 'Mobility as a Service' (MaaS) (35)

Herausforderung:

Verkehrsmittelübergreifende Mobilität führt gemäß der Vorlieben der Nutzer*innen schnell, einfach, ökonomisch und/oder ökologisch von A nach B. Dabei werden in Echtzeit alle zur Verfügung stehenden Verkehrsmittel genutzt. Die Reisenden geben nur Start und Ziel an und wählen die für sie optimale Route. vgl. bspw. <https://maas.global/> aus Finnland. Zu den Verkehrsmitteln / Anbietern gehören:

- ÖPNV (lokal, regional, Fernverkehr)
- Taxis, Mietwagen, Car-Sharing, Uber usw.
- Mietfahrräder usw.

Lösungsansatz:

Alle Verkehrsmittel müssten ihre Positionsdaten zentral und offen zugänglich machen. Ebenso müssten die entsprechenden Systeme der Verkehrsmittelanbieter offene API für bspw. Buchungsvorgänge usw. vorhalten. Die Zuständigkeit wäre zu prüfen (Bund, Land, Kommune) und dann bspw. entsprechende Rechtsverordnungen o.ä. Normen zu erlassen.

Mögliche Meilensteine:

<https://www.bitkom.org/sites/default/files/file/import/181016-White-Paper-MaaS.pdf>

Zentrales Verzeichnis für Open Data Anwendungen (40)

Herausforderung:

Open Data Anwendungen (Analysen, Online-Tools, Apps) fehlt oft die Nachhaltigkeit und Sichtbarkeit, da sie nur lokal entstehen und genutzt werden, obwohl sie großes Potential für überregionale Nutzung hätten. Dieses Potential sollte besser aufgezeigt werden.

Lösungsansatz:

Damit Open Data Bereitsteller (z.B. in Kommunen) einen Überblick bekommen, welchen potentiellen Nutzen eine Öffnung von bestimmten Datensätzen hätte, sollte man eine zentrale Auflistung von Open Data Anwendungen erstellen. Somit könnten kommunale Fachämter sehen, was mit ihren Daten alles tolles möglich ist. Eine solche Auflistung von Open Data Anwendungen könnte z.B. bei govdata.de angesiedelt sein. In [Österreich](#) gibt es sowas bereits.

Einige Portale in Deutschland pflegen teilweise solche Listen. Govdata hatte dies auch begonnen, den Prozess allerdings verkompliziert (Anmeldeprozess und

Informationseingabe). Die Informationen zentral zusammen zu führen wäre einfach machbar und würde einen enormen visuellen Schub für das Thema Open Data bedeuten.

Idealerweise würde für jede Anwendung angegeben werden, welche Datensätze diese nutzen (z.B. unter Einsatz des [Musterdatenkatalogs](#)), dann könnten Open Data Bereitsteller sehen, welche Datensätze welche Anwendungen ermöglichen.

XÖV SPEC - Iterative Datenstandards (41)

Herausforderung:

Datenstandards erleichtern erheblich den Datenaustausch und -Konsum, der Kernelement einer effizienten Datenökonomie und von Open Data ist. Im Bereich der öffentlichen Verwaltung tragen XÖV und DCAT-AP bereits zu dieser Funktion bei. In einem sich schnell entwickelnden Umfeld haben traditionell entwickelte Standards allerdings zwei entscheidende Nachteile:

- 1) Lange Entwicklungsdauer: Die Erstellung eines formalen Standards mit allen Details erfordert eine engmaschige, oftmals konsensorientierte Koordination zwischen zahlreichen Akteuren. Der Anspruch von Anfang an universal akzeptierte Lösungen zu entwickeln bringt strenge Qualitätsanforderungen und langwierige Konsultationsverfahren mit sich, die den Entwicklungsprozess weiter verkomplizieren und verlangsamen.
- 2) Eingeschränkte Offenheit für Community-getriebene Bottom-up-Innovationen: Klassische Standardentwicklungsverfahren schränken zudem das Bottom-up-Innovationspotential von Standardsetzungsverfahren ein. Insbesondere bieten diese nur eine unzureichende Grundlage, um aus der Community schnell innovative Standards für spezifische Bedürfnisse zu initiieren, zu entwickeln und in der Praxis zu testen.

Unterhalb der Schwelle formaler Standards besteht somit ein bisher nicht adressierter Bedarf nach Verfahren und Foren, um quasi-Standards für spezifische Use Cases in einem Community-getriebenen Bottom-up-Verfahren zu entwickeln.

Lösungsansatz:

Community-Aktivitäten zur Definition von (Meta-)Datenstandards sollten stärker gefördert werden. Ziel sollte es sein, Mechanismen anzubieten, die es erlauben auch Nischenbedarfe nach Datenstandards frühzeitig zu erfassen sowie Community-getriebene quasi-Standards schnell zu entwickeln und zu testen. Zwei Maßnahmen könnten dazu beitragen:

- 1) XÖV SPEC: Mit XÖV SPEC sollte ein leichtgewichtiges Standardsetzungsverfahren für quasi-Datenstandards nach dem Vorbild von DIN SPEC entwickelt werden (<https://www.din.de/de/forschung-und...>). Mit DIN SPEC kann jedermann Antrag auf die Entwicklung eines Standards stellen sowie ein Konsortium zur Standardentwicklung zusammenzustellen. Grundlage ist ein stark vereinfachtes Entwicklungsverfahren, unterstützt durch DIN Projektmanager. SPEC-Standards können später auch formalisiert werden. XÖV

SPEC könnte nach einem ähnlichen Verfahren durch die KoSIT implementiert und betreut werden. Zusätzlich sollte eine finanzielle Förderung ähnlich dem WIPANO-Modell dabei helfen bspw. Koordinations- oder Disseminationskosten abzudecken.

2) Open Data User Beirat: Zur frühzeitigen Sondierung standardorientierter Handlungsbedarfe sowie zur strategischen Beratung aus Endnutzersicht sollte ein Open Data User Beirat initiiert werden. Mitglieder sollten nach einem transparenten Auswahlverfahren ausgewählte Vertreter von Open Data nutzenden Organisationen aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung sein. Aufgabe des Beirats sollte es sein, auf eine End-Nutzer-orientierte, standard-basierte Open Data Implementierung auf den föderalen Ebenen hinzuwirken. Aufgrund der strategischen Orientierung erscheint eine Verankerung beim Nationalen IT-Planungsrat sinnvoll. Ähnliche Initiativen in UK sind die Data Steering Group (<https://www.gov.uk/government/group...>) und die Open Data User Group (2012-2015; <https://www.gov.uk/government/group...>)

Verbesserte INSPIRE-Umsetzung (44)

Herausforderung:

Die Umsetzung der INSPIRE-Richtlinie erfolgt bisher sehr uneinheitlich. Es ist bisher sehr aufwändig, bundes- und europaweit die zu bestimmten Themen gehörenden Daten und Services zu finden und zu nutzen.

Lösungsansatz:

Es wird eine Möglichkeit geschaffen, die praktischen Schwierigkeiten zu melden und diese werden systematisch ebenenübergreifend bearbeitet.

Schnittstelle zu FridaysforFuture (46)

Herausforderung:

Den demonstrierenden Schülern, Studenten, Eltern, Wissenschaftlern und anderen Personen fehlt eine Plattform, wo sie ihre Wünsche an die Regierung sammeln, diskutieren und bewerten / priorisieren können.

Lösungsansatz:

Die Regierung wendet sich öffentlich an FridaysforFuture, ScientistsforFuture und ParentsforFuture und empfiehlt Ihnen ihre Anliegen in OGP DE / Nachhaltigkeit zu sammeln, zu diskutieren und zu bewerten/priorisieren.

Aufbau einer digitalen Dialogplattform zu Klimaschutzzielen (61)

Herausforderung:

[Überarbeitete Idee, baut auf <https://ogpde.yrpri.org/post/20130> auf] Den demonstrierenden Schülern; Studenten, Eltern, Wissenschaftlern und anderen Personen fehlt eine Plattform, wo sie ihre Wünsche an die Regierung sammeln, diskutieren und bewerten / priorisieren können. Der Regierung fehlen entsprechende AnsprechpartnerInnen, um die Wünsche zu „feedbacken“.

Lösungsansatz:

Eine Dialogplattform wird geschaffen.

Ein Prozess zur kontinuierlichen Bearbeitung eingereicherter Wünsche & Vorschläge wird etabliert. In einer ersten Dialogrunde sind Zeitfenster und Evaluationsprozess geklärt.

Mögliche Meilensteine:

1. Definition des Austausch-Prozesses & Verantwortlichkeiten
2. Plattform entwickeln (partizipativer Prozess)
3. Plattform bereitstellen
4. Plattform bekanntmachen / kommunizieren

Beim Arbeitstreffen am 9. April haben einige zivilgesellschaftliche Vertreter die Idee "Schnittstelle zu Fridays4Future" (<https://ogpde.yrpri.org/post/20130>) aufgegriffen und hiermit weiterentwickelt. Die komplette Dokumentation des Arbeitstreffens befindet sich unter <https://bscw.bund.de/pub/bscw.cgi/7...>

Offene künstliche Intelligenz in der öffentlichen Verwaltung (80)

Herausforderung:

Künstliche Intelligenz hat heute schon einen großen Einfluss auf unser Leben, dieser könnte noch steigen. Nach der KI-Strategie der Bundesregierung ist zu erwarten, dass diese Technologien eine breite Förderung erfahren. Dabei stellen sich einige Fragen im Bezug auf ein offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln: wo wird KI heute schon eingesetzt? Welche Erfahrungen haben Regierung und Verwaltung dabei gemacht? Wie funktionieren die betreffenden Anwendungen? Welche Gestaltungsspielräume?

Lösungsansatz:

Deutschland sollte nicht nur die Spitze in Fragen der Technologie anstreben, sondern auch Spitzenreiter in Fragen des offenen, verantwortlichen und verfassungsverwirklichenden Einsatz von künstlicher Intelligenz sein. Daher sollte sich ein Projekt mit Fragen von offener künstlicher Intelligenz auseinandersetzen. Als Maßnahmen werden u.a. Folgende vorgeschlagen:

1) Leitlinien Information über den Einsatz von KI

Wenn Behörden KI-Systeme einsetzen, ist Transparenz geboten. Behörden sollten über das Ob und das Wie des Einsatz Auskunft geben. Auch wenn sich die Einsatzbereiche stark unterscheiden, sollten Behörden immer an Offenheit und Transparenz beim Verwaltungshandeln durch KI denken. Daher ist ein Austausch über entsprechende Leitlinien von Vorteil.

2) Leitlinien bei der Implementation künstlicher Intelligenz

3) Organisatorische Aspekte und offene künstliche Intelligenz

4) Softwarequalität und Vergabekriterien

5) Transparenzgesetz

Weitere Informationen: rebrand.ly/VerwaltungsKI

OpenDataFUND für Open-Data-basierte Wirtschaftsförderung (84)

Beschreibung: Wirtschaftliche Wertschöpfung findet zunehmend durch eine effizientere Datennutzung und die Integration von neuen Datenquellen in Produkten und Services statt. Die Entwicklung von erfolgversprechenden Geschäftsmodellen sowie deren Markteinführung sind jedoch kosten- und risikoreich. Um die wirtschaftlichen Potentiale von Open Data zu realisieren, ist daher eine datenorientierte Wirtschafts- und Innovationspolitik erforderlich. Maßnahmen für eine solche Förderpolitik sollten drei Anforderungen erfüllen:

1. Ganzheitlichkeit: Fördermaßnahmen müssen auf den Kontext datenbasierter Geschäftsmodelle ausgerichtet sein und über eine finanzielle Förderung hinausgehen. Aufgrund des frühen Marktentwicklungsstadiums muss eine Förderung auch auf die Herstellung eines stabilen und für die Teilnehmer transparenten Marktes für Open Data Anwendungen hinwirken. Dazu gehören bspw. Vernetzungsmöglichkeiten mit Anwendern, Kunden und Entwicklungspartnern.
2. Universalität: Die Verfügbarkeit von Datenbeständen und Fördermaßnahmen sollte fachlich so umfassend wie möglich sein. Innovationspotentiale bestehen oft in der sekundären Datenverwendungen über Ressort- bzw. Fachgrenzen hinweg.
3. Lerneffekte: Fördermaßnahmen sollten es staatlichen Stellen erlauben, die spezifischen Bedürfnisse und Anforderungen von wirtschaftlichen Akteuren in Bezug auf Open Data zu lernen (bspw. langfristige Verfügbarkeit von Datenquellen, Qualitätsstandards, professionalisierte Datenbereitstellung einschließlich Support).

Lösungsvorschlag: Die Ausweitung des seit 2016 am BMVI verorteten mFUND Programms auf weitere, idealerweise alle Bundesministerien kann den Nukleus für eine Open-Data-basierte Wirtschafts- und Innovationspolitik bieten. Die mFUND-Förderinstrumente sollten auf Ihre Effektivität hin evaluiert werden und, bei Bedarf mit Verbesserungen, in anderen Bundesministerien sowie deren nachgeordneten Behörden repliziert werden. Aufgrund der bereits bestehenden Erfahrungen mit mFUND sollte eine analoge Implementation in anderen Ressorts vergleichsweise schnell möglich sein. Ein vergleichsweise homogenes Förderprogramm ließe sich damit über Ressortgrenzen hinweg in relativ kurzer Zeit aufbauen.

Insbesondere die Einbindung der nachgeordneten Bundesbehörden in das Förderprogramm kann eine hierarchisch klar strukturierte, besser koordinierte und transparentere Verfügbarkeit von Datenbeständen über Ressortgrenzen hinweg bewirken.

Eine umfassende Koordination des Förderprogramms sollte unbedingt durch eine zentrale Koordinationsinstanz sichergestellt werden. Zusätzlich sollte eine regelmäßig tagende Arbeitsgruppe der teilnehmenden Ministerien eingesetzt werden, um den Wissensaustausch zu fördern und Lerneffekte im Bezug auf die Optimierung des Gesamtprogramms schnellstmöglich zu maximieren.

European Legislation Identifier (ELI) (88)

Herausforderung: Gesetze werden bisher nicht auf international standardisierte Weise maschinenlesbar veröffentlicht.

Lösungsansatz: Mittels des ELI-Vokabulars werden Gesetze maschinenlesbar veröffentlicht. Siehe <https://eur-lex.europa.eu/eli-regis...> Deutschland beteiligt sich an der Weiterentwicklung von ELI. Siehe <https://eur-lex.europa.eu/eli-regis...>

Erweiterte Öffentlichkeitsbeteiligung bei Gesetzgebung (90)

Herausforderung:

- 1) Mangel an Transparenz über Gesetzentwurfentstehung und Verbändeeingaben (siehe Beschreibung anderer Ideen)
- 2) Mangelnde Konsultationsmöglichkeiten der Öffentlichkeit im Entwurfsstadium über die klassischen Verbände/Stakeholder hinaus. i.d.R. wird nur eine begrenzte Zahl von Verbänden/Akteuren zur Stellungnahme aufgefordert. Damit wird die Chance verpasst, Wissen und Ideen aus der breiteren Gesellschaft einzubinden, die Sach- und Meinungslage einzuholen und offenzulegen und Bürger/innen, Vereinen, Unternehmen etc. die Chance zur Eingabe zu geben.

Lösungsansatz:

- 1) Transparenz über Gesetzentwürfe auf Online-Plattform herstellen (siehe andere Ideen)
- 2) Eine Beteiligungsmöglichkeit für die erweiterte Öffentlichkeit im Entstehungsprozess schaffen. Dafür bestehen unterschiedliche Möglichkeiten u.a. eine für die Öffentlichkeit zugängliche Online-Konsultation.

Die Umsetzung könnte am Beispiel von Modellvorhaben entwickelt und erprobt werden und an die im KV beschriebene Beteiligungsplattform Bund angedockt sein.

Transparentes Prozessregister für OZG auf FIM-Basis (95)

Herausforderung:

Im Rahmen der Umsetzung des OZG und des Digitalisierungsprogrammen sollen mehr als 575 Verwaltungsleistungen digitalisiert und konsolidiert werden. Jeder der über 11000 Gebietskörperschaften in Deutschland steht es frei, die Prozesse selbst zu digitalisieren oder Shared-Services von Land und Bund zu nutzen. Bislang gibt es keine offene und transparente Infrastruktur und keine Standards, um digitalisierte Prozesse mit anderen zu teilen.

Lösungsansatz:

Benötigt wird ein transparentes Prozessregister auf Basis der Vorgaben des föderalen Informationsmanagements (FIM). Prozesse sollten in offenen Formaten hinterlegt und heruntergeladen werden können. Um das Prozessregister gilt es eine offene Community aufzubauen. Nutzer sind Verwaltungsmitarbeiter, Bürger, Unternehmen, GovTech & CivicTech Unternehmen sowie StartUps.

Soziale Innovationen für die Gestaltung smarterer Städte (97)

Herausforderung:

Die Digitalisierung wird Städte und Regionen transformieren und etablierte Verwaltungs- und Planungsprozesse sowie die Rollen der Bürger verändern. Dieser Wandel bietet zahlreiche Chancen und Risiken. Der Einsatz digitaler Technologien in Städten könnte aber dazu führen, dass die Bürger überwacht und durch den Einsatz von Big Data und künstlicher Intelligenz gesteuert und bevormundet werden.

Lösungsansatz:

Es bedarf einer Neuausrichtung der städtischen Gestaltungsprozesse durch soziale und bürgergetriebene Innovationen. Neue Beteiligungsformate wie Living Labs, Hackathons, Makerspaces, Open-Data-Plattformen oder Innovationsplattformen werden bereits von einigen Vorreiterstädten zur Vernetzung und zur gemeinsamen Entwicklung neuer Dienste und Plattformen eingesetzt. Sie bieten Ansatzpunkte für eine bürgerorientierte Umsetzung des Smart-City-Konzeptes und zur Innovation etablierter Planungspraxis. Grundsätzliches Ziel ist es von Vorreiterstädten zu lernen und „Best Practices“ durch Workshops und den Aufbau eines Innovations- und Wissenstransfernetzwerkes zu übertragen, um Städte und Bürger zu befähigen gemeinsam die Digitalisierung zu gestalten.

Gemeinsames nachhaltiges Innovationsmanagement (78)

Herausforderung:

Bei Bedarf experimentell, schnell, offen und kollaborativ Veränderungen herbeiführen zu können, gehört in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen mittlerweile zum Standard für Organisationen in Zeiten der Digitalisierung. Benötigt wird ein Austausch und eine verlässliche gemeinsame Plattform auf Basis offener Standards und Schnittstellen für ein gemeinsames nachhaltiges Innovationsmanagement für die Verwaltung (Bund, Länder und Kommunen)

Lösungsansatz:

Innovationslabore und Innovations Hubs für Staat und Verwaltung sorgen dafür, dass in Ministerien und Behörden die Innovationspotenziale der Digitalisierung für Organisation und Prozesse erkannt, gestaltet, getestet und umgesetzt werden können. Ganz bewusst sind Innovationsräume geschaffen worden, um auch in der Verwaltung radikal neu denken zu dürfen. Ein Netzwerk von Innovationslaboren sichert den Wissenstransfer, unterstützt Bund, Länder und Kommunen vor Ort und sorgt für eine rasche Skalierbarkeit von in der Praxis bewährter digitaler Lösungen. Sie fungieren zugleich als Inkubator für neuartige Prozess- und Produktinnovationen in Staat und Verwaltung, für Public Corporate Entrepreneure in der Verwaltung sowie GovTech und CivicTech Unternehmen und Start-Ups.

Genossenschaft für gemeinsames Handeln schaffen (105)

Herausforderung: Wenn Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Staat mit seiner Verwaltung zusammenarbeiten wollen, muss entweder eine gemeinsame juristische Person vorhanden

sein oder eine der 3 Säulen übernimmt die Verantwortung. Durch dieses strenge Zuständigkeitsdenken kann keine wirkliche Zusammenarbeit erfolgen.

Lösungsansatz: Gründung einer Genossenschaft auf Bundes-, Landes- und / oder Kommunalebene. Offen für alle Beteiligten (Bürger*innen, Wirtschaft, Staat, Kommunen, Zivilgesellschaftliche Organisationen). Aufgaben der Genossenschaft:

- Koordinieren von bundes- bzw. landesweiten bzw. regionalen Initiativen, um gemeinschaftlich das Leben zu verbessern
- Organisieren und Durchführen von lokalen Veranstaltungen (Hackathons, Info-Veranstaltungen) zu digitalen Innovationen und einem offenen Verwaltungs- bzw. Wirtschaftshandeln. Möglicher Kooperationspartner: VHS
- Beauftragen und Koordinieren von entsprechenden Forschungsaufträgen
- Bereitstellen einer Plattform, um datenschutzkonform gemeinsam zu sprechen und zu informieren (Beispiel: Fraunhofer IESE <https://www.digitale-doerfer.de/uns...>)

Ein erster Ansatz aus dem Ausland ist bspw. <https://platform.coop/>. Außerdem hat die Nesta Foundation hat eine Studie zum Thema veröffentlicht: <https://www.nesta.org.uk/report/platform-co-operatives/>.

Bund/Länder-Plattform für Beteiligung (19)

Herausforderung:

[Hinweis: Diese Idee basiert auf den Überarbeitungen der Idee "Bund/Länder-Plattform für Öffentlichkeitsbeteiligung" im Arbeitstreffen am 04.09.2019]

Es besteht ein bundesweites Informationsdefizit im Wissen um Beteiligungsmöglichkeiten, sowohl auf Kommunal-, aber auch auf Länder- und Bundesebene. Bürgerinnen und Bürger sollen auf einer zentralen Plattform über Beteiligungsmöglichkeiten auf verschiedenen Verwaltungsebenen und zu verschiedenen Thematiken informiert werden.

Lösungsansatz:

Um Beteiligungsmöglichkeiten bekannt zu machen, wird eine gemeinsame Internet-Plattform geschaffen, auf der aktuell eröffnete Verfahren der Öffentlichkeitsbeteiligung von Bund, Ländern und Kommunen mit den Kerndaten auffindbar gemacht werden. Neben einer Suchfunktion können Bürgerinnen und Bürger nach Hinterlegung der Postleitzahl ihrer Wohnadresse und bestimmter Themengebiete automatisch über neue einschlägige Beteiligungsverfahren informiert werden. So wird eine zentralisierte Übersicht geschaffen.

Mögliche Meilensteine:

1. Bestandsaufnahme
2. Konsultation zwischen den Akteuren (Verwaltung und Zivilgesellschaft) Thema: Was sind die Anforderungen an diese Plattform?
3. Entwicklung der Plattform
4. Öffentlichkeitsarbeit, um Bekanntheit zu steigern und bei Bürgerinnen und Bürgern ein Bewusstsein für Beteiligungsmöglichkeiten zu schaffen

Verankerung digitaler Kompetenzen in der Zivilgesellschaft (17)

Herausforderung:

Die Digitalisierung wird auch die Art und Weise verändern, wie sich die Zivilgesellschaft und damit die Bürger organisieren, kommunizieren und agieren. Dieser Wandel bietet zahlreiche Chancen und Risiken. Um die Bevölkerung relativ rasch in eine Lage zu bringen, dass sie von den Möglichkeiten der Digitalisierung profitiert, bedarf es der Verankerungen digitaler Kompetenzen auch in zivilgesellschaftlichen Infrastrukturen.

Lösungsansatz:

Gemeinsam mit Vertretern der Zivilgesellschaft werden Netzwerke, Veranstaltungsformate, Apps, Dienste und Fortbildungsangebote konzipiert und eingerichtet, so dass zivilgesellschaftliche Gruppen und ihre Mitglieder immer besser in die Lage versetzt werden, sich in Zeiten der Digitalisierung angemessen für ihre Belange einzusetzen. Staatliche Stellen können Qualitätssiegel vergeben, wenn entsprechende Dienste den gesetzlichen Mindestanforderungen genügen.

Weiterbildungsmöglichkeiten in Verwaltungen (18)

Herausforderung:

[Hinweis: Diese Idee basiert auf den Überarbeitungen der Idee "Weiterbildungsmöglichkeiten in Verwaltungen ausbauen" im Arbeitstreffen am 04.09.2019]

Bürgerbeteiligung kann nur erfolgen, wenn bestimmte Personen Prozesse initiieren und Beteiligung als einen wichtigen Faktor sehen. Um Partizipation und Bürgerbeteiligung zu stärken, müssen daher auch die Kompetenzen der Initiatoren zu dem Thema gestärkt werden.

Lösungsansatz:

Ziel ist es, Beteiligungsprozesse auf der Bundes-, Länder- und Kommunalebene zu verankern. Die Weiterbildung von Verwaltungsangestellten ist dafür eine gute Möglichkeit. Es bestehen verschiedene Lösungsansätze für den Wissenstransfer, die ggf. kombiniert werden können:

1. Das Curriculum an Weiterbildungsinstituten der Verwaltung soll durch Module zur Beteiligung erweitert werden, damit Verwaltungsangestellte die Möglichkeit haben, sich weiterzubilden.
2. Beratung und Schulung durch Externe
3. Peer-to-Peer Learning zwischen Verwaltungen.

Mögliche Meilensteine:

1. Identifikation von Wissensmängeln zum Thema Beteiligung durch Konsultationen. Dies kann eventuell durch eine zentrale Stelle und/oder landesspezifisch erfolgen.
2. Identifikation von AkteurInnen, die Beteiligungsprozesse durchführen möchten. Dies kann eventuell durch eine zentrale Stelle und/oder landesspezifisch erfolgen.
3. ExpertInnen Kommission (Zivilgesellschaft, Verwaltung, weitere ExpertInnen), die berät, welches Wissen vermittelt werden soll.

4. Je nach Lösung unterschiedlich:
 - a. Entwurf von Modulen an Weiterbildungsinstituten
 - b. Entwurf von Schulungsmodulen
 - c. Etablierung von Tandem-Mechanismus zwischen Verwaltungen

Erschließung und Ausbau des nationalen Datenraums (31)

Herausforderung:

Ein nationaler Datenraum bezeichnet einen Raum, der alle Arten von Daten enthält, die für den Gemeinschafts-, Wirtschafts- und Politikraum in einer Nation relevant sein können. Idealerweise umfasst er – angelehnt an das Smart- City/Community-Konzept – alle für die Kommunen, Länder, den Bund und ihre Akteure relevanten Daten aus allen Domänen (Energie, Mobilität, Gesundheit etc.), die im analogen wie im digitalen Leben anfallen.

Lösungsansatz:

In Anlehnung an das Konzept des urbanen Datenraum (Fraunhofer FOKUS 2018) gibt es in Deutschland flächendeckend (Bund, Land und Kommunen) frei verfügbare Daten, kommerziell verfügbare Daten und interne Daten zu erschließen und zu nutzen, unter Wahrung der Vorgaben von Open Data einerseits und des Datenschutzes andererseits. Der nationale Datenraum Deutschlands ist Teil des Europäischen Datenraums. Ein solcher Raum kann nur gemeinsam mit der Zivilgesellschaft erschlossen werden. Benötigt wird hier eine professionelle Geschäftsfeldentwicklung aus staatlicher Sicht.

Digitale Befähigung von Klimaschutzmanager*innen (51)

Herausforderung:

Bundesweit wurden in vielen Städten und Kommunen Klimaschutzmanager*innen eingesetzt, um mögliche Klimaschutzziele innerhalb der Gemeinden umsetzen zu können. Ideen von Bürgerinnen und Bürgern werden hier meist noch per Post oder E-Mail eingefordert.

Lösungsansatz:

Auf dem Markt gibt es bereits eine Vielzahl digitaler Tools, die Klimaschutzmanager*innen dabei helfen Ideen zu mehr Nachhaltigkeit durch digitale Beteiligungsprozesse bei Bürgerinnen und Bürgern einzusammeln. Ein Beispiel ist dabei die Kiel-Region, die mit [mokwi.de](https://www.mokwi.de) bereits einen solchen Prozess initiiert hat. Dabei werden die Bürger*innen direkt dazu aufgerufen sich aktiv zu vernetzen und bekommen direkt eine nachhaltige Cloud zur Projektzusammenarbeit zur Verfügung gestellt.

Transparenz + Nachhaltigkeit bei Hard- & Softwarebeschaffung (60)

Herausforderung:

[überarbeitete Idee] Bei der Beschaffung digitaler Technologien (Hard- & Software) fehlen:

1. Transparenz über die beschafften Produkte & ihre sozialen und ökologischen Auswirkungen
2. Kriterien für nachhaltige Beschaffung dieser Produkte

Dies betrifft zum einen die Transparenz der ökologischen und sozialen Auswirkungen der beschafften Produkte. Zum anderen die Nachhaltigkeit erworbener Softwarelösungen.

Lösungsansatz:

Bei einer Bestandsaufnahme werden erworbene Hard- & Software-Lösungen standardmäßig erfasst & veröffentlicht (alle öffentliche Einrichtungen). Ein Kriterienkatalog für nachhaltige Hard- & Software wird definiert u. unter Einbezug zivilgesellschaftlicher Akteure entwickelt.

Im nächsten Schritt werden verbindliche Ziele zur Steigerung der Quote nachhaltiger Produkte definiert und ein Prozess zur Erreichung der Ziele umgesetzt. Die öffentliche Hand kann insbesondere bei der Beschaffung nachhaltiger (Open Source) Software-Lösungen bares Geld sparen. Nutzung von Open-Source-Produkten für staatliche Akteure.

Mögliche Meilensteine:

1. Partizipativer Prozess zur Erstellung eines Kriterienkataloges
2. Bestandsaufnahme
3. Analyse der ökonomischen und ökologischen Auswirkungen
4. Entwicklung eines Gesetzes zur Umsetzung der Ziele

Idee von einigen zivilgesellschaftlichen Vertreter*innen aus anderen Kondensiert beim Arbeitstreffen vom 9. April (siehe <https://bscw.bund.de/pub/bscw.cgi/7...>)

B. Vorschläge mit geringerem Reifegrad

Diese Vorschläge weisen einen niedrigeren Grad an Präzision und Reifegrad auf als die unter Kategorie A aufgeführten Vorschläge, deswegen werden sie an dieser Stelle aufgeführt.

Offene Justiz (103)

Herausforderung:

Eine konsequente Open Government Umsetzungsstrategie für die Justiz liegt noch nicht vor: Wirklich offene Rechtsdatenbanken (von Bund, Land und Kommunen), transparente Gesetze, offene richterliche Entscheidungen, offene Register, Transparenz in der Verfahren weisen noch erhebliche Verbesserungspotenziale auf.

Lösungsansatz:

In der Dissertation von Frau Dr. Anne Paschke (Uni Passau): „Digitale Gerichtsöffentlichkeit. Informationstechnische Maßnahmen, rechtliche Grenzen und gesellschaftliche Aspekte der Öffentlichkeitsgewähr in der Justiz“ (Duncker & Humblot Verlag, 2018) finden sich zahlreiche Vorschläge für eine angemessene Öffnung der Justiz, die es innerhalb der Justiz zu prüfen und systematisch zu professionalisieren gilt. Wertvolle Impulse für weitere Verbesserungen im Justizwesen eröffnen sich aus Open Innovation Wettbewerben und der Zusammenarbeit mit etablierten Lehrstühlen der Justiz- und Rechtsinformatik.

Universelle; transparente, modulare Aus- & Weiterbildung (68)

Herausforderung:

Eigentlich wollte ich das Thema zunächst für die Pflege anreißen. Aber es gilt generell auch für andere Bereiche.

Das Bildungssystem in Deutschland ist überschaubarer und durchlässiger geworden. Aber ich denke, es gibt Verbesserung-Potenzial. Denn in unserer Gesellschaft werden häufig spezifische Qualifikationen in großer Zahl benötigt, die in einem klassischen Ausbildungsgang zu erwerben sehr aufwendig ist. Beispiele sind die Pflege, die Lehrerbildung, Spracherwerb, Umschulung, Projekte etc.

Lösungsansatz:

Kern: universelle Grundlagen und Kriterien für Bildungs-Angebote, nach denen sich jedes beliebige Angebot mit geringem Aufwand entwickeln und evaluieren lässt. - am besten auf Bundesebene.

2. Schritt: Auffächerung nach Handlungsräumen und Zielgruppen, so dass beliebige Bildungsträger beliebige Angebote schnell entwickeln, vergleichen, verbessern und skalieren können.

3. Schritt: Universalcurriculum, orientiert an den Fragen: Was muss ein Mensch einer bestimmten Altersgruppe und sozialen Situation wissen und können, um mit sich selbst und den gesellschaftlichen Anforderungen klar zu kommen? Welche spezifischen Defizite und Talente können auftreten? Welche, wie gestalteten Module sind nötig, damit er/sie seine/ihre Ziele erreichen kann?

Diese Fragen sind für einen Säugling genauso zutreffend wie für Verwaltungsbeamte oder Manager, Lehrer, Projektleiter, Menschen in Krisen-Situationen. Ein solches Curriculum kann sukzessive entstehen durch Bearbeiten einzelner Standard-Situationen.

Innovations- und Problemlösungsprozess der öffentlichen Hand (86)

Herausforderung:

Bislang werden die Potenziale der Digitalisierung und damit verbundenen Partizipation (Open Innovation) in Problemlösungs- bzw. Innovationsprozessen der öffentlichen Hand kaum genutzt. In entsprechenden Digitalisierungsprojekten wird zu oft von den analogen Prozessen her gedacht. Open Innovation, kollaborative Ansätze und Aspekte wie Transparenz, Übertragbarkeit/Skalierung oder Wirkungsmessung/-management werden meist ungenügend berücksichtigt. Gerade im Hinblick auf unsere gesellschaftlichen Herausforderungen der nächsten Jahre ist dringend ein Umdenken nötig. Eine neue Innovationskultur lässt sich nicht erst etablieren, wenn die Probleme akut sind, sondern sollte jetzt angegangen werden. Soziale und gesellschaftliche Innovationen sollten gerade in einer solch großen Umbruchphase gemeinsam mit den Bürger*innen entwickelt werden.

Lösungsansatz:

1) Vom langfristigen Ziel her denken!

Was sind die konkreten Ziele einer Veränderung und woran können wir Fortschritt messen?

2) Partizipation ermöglichen und neue Akteure einbeziehen!

Öffentliche Ausschreibungen fokussieren auf die Bedürfnisse etablierter Akteure. Kleine agile Akteure wie z.B. (Social) Startups werden kaum berücksichtigt, obwohl diese in vielen Fällen Innovationstreiber sind.

3) Kultur des Ausprobierens entwickeln

Mit Innovationen gehen Chancen und Risiken einher. Ohne ein Risiko einzugehen wird man keine Chancen nutzen. Hier sollte auf eine Kultur des "Ausprobierens" in der Verwaltung hingearbeitet werden. Durch klare Prozesse entlang des "Innovationstrichters" lässt sich das Risiko kalkulieren und in Grenzen halten.

4) Aufbau neuer Instrumente des Vergabewesens

Erfahrungen aus anderen Bereichen der Digitalisierung übertragen. Mögliche Ansätze:

a) Analog der Startup-Acceleratoren kann ein Teil der Ausschreibungsverfahrens an jungen/neuen/innovativen Teams und Unternehmen vergeben werden, die dort ihre Lösungen an den lokalen Gegebenheiten anpassen können [hier wäre der Aufbau Sozialer Innovationszentren in Kommunen ein wichtiger Basisbaustein]

b) Problem- bzw. ergebnisorientierte Ausschreibungen durchzuführen

In anderen Ländern erfolgt die Entlohnung von Anbietern immer mehr durch die erzielte Wirkung zur Lösung des jeweiligen Problems. Hier kommen z.B. Impact Bonds als Mittel zum Einsatz.

c) Übertragung/Skalierung guter Lösungen

Der Austausch zwischen Städten sollte intensiviert werden. Gerade wenn Lösungen gut funktionieren, können diese auf andere Regionen übertragen werden. Bislang werden Potenziale der Digitalisierung durch Transparenz und Übertragbarkeit kaum genutzt, wie das Beispiel von CityMart zeigt: <http://bit.ly/2s8KnxH>]

e-Park (65)

Herausforderung:

Planungssicherheit beim Parken & Laden für Elektrofahrzeugbesitzer ohne eigenen Parkplatz

Lösungsansatz:

Eine europäische digitale Plattform (App/Webseite), über die man alle teilnehmenden halb-öffentlichen Parkplätze mit Ladestation als Kurzzeitparker buchen oder auch als Dauerparker mieten kann.

Ökobilanzierung verpflichtend für alle Produkte & Leistungen (62)

Herausforderung:

Die Bilanzierung des ökologischen Fußabdrucks kommt nicht voran. Seit vielen Jahrzehnten wird darüber einschlägig diskutiert und geforscht. Eine Bilanzierung würde Käufern eine bessere Beurteilung des Schadens, den sie bei jedem Produktkauf anrichten ermöglichen. Das Preis-Leistungsverhältnis eines Angebots setzt sich eben auch aus den Werten zusammen, welche Konsequenzen für die Umwelt entstehen. Ohne ein Ökokonto für jede Person wäre es sinnlos.

Lösungsansatz:

Wer viel verbraucht wird zu gegebenem Zeitpunkt mit der Art seines Konsums pausieren, wer wenig verbraucht kann seine Credits verkaufen und hat dadurch mehr Geld oder es werden Steuern an den Staat gezahlt, bzw. Zuwendungen ausgezahlt.

Ökobilanzierung gehört, wie jede Bilanz zu jeder Rechnung, daher zu jeder Tätigkeit und soll dementsprechend gelehrt und angewendet werden. Deshalb ist Open Data für Umweltschäden ein viel zu wenig beachtetes Betätigungsfeld, wo der Gesetzgeber eine Grundlage zur Anwendung schaffen muß.

Mehr Jugendbeteiligung (20)

Herausforderung:

Die nachwachsende Generation wird zu wenig in die sie betreffenden Zukunftsentscheidungen eingebunden. Bürger*innenbeteiligung sollte hier nicht am Wahlalter festgemacht werden. Jugend engagiert sich nicht nur gerne für #fridaysforfuture

Lösungsansatz:

Mehr Jugendbeteiligung-Zugänge ermöglichen durch u.a. mehr digitale Optionen. Jugendliche sollten über ihre Kommunikationskanäle angesprochen und einbezogen werden. Siehe auch <https://jugend.beteiligen.jetzt/>

Weiterführung & Vernetzung der Open Government Modellkommunen (99)

Beschreibung: Deutschlandweit wurden und werden im Rahmen von Fördervorhaben einzelne Kommunen gefördert, die Open-Government-Projekte umsetzen. Um nachhaltige Erfolge zu erzielen und Open Government in die Fläche zu tragen, gilt es kommunale Open-Government-Aktivitäten auch nach Ablauf der Förderperioden weiter und breitflächiger zu unterstützen und Akteure miteinander zu vernetzen. Damit Erfahrungen und Wissen geteilt werden können und Synergien zwischen verschiedenen Kommunen und Themenfeldern entstehen, sollten Orte und Gelegenheiten für den persönlichen Austausch auf Arbeitsebene geschaffen werden. So können Rahmenbedingungen und Impulse entstehen, die abseits von Leuchtturmprojekten Open Government in Deutschland verstetigen. Die Herausforderung besteht darin hin zu Standardisierung, offenen und kollaborativen Strukturen und Netzwerken zu kommen.

Lösungsvorschlag: Mit dem im Herbst 2017 gestarteten Projekt "Modellkommune Open Government" des BMI werden deutschlandweit Kommunen unterschiedlicher Größenordnung und Erfahrungen in ihren Open-Government-Vorhaben gefördert. Auch im Rahmen des „Pilotprojektes Kommunales Open Government in NRW“ wurden von 2017 bis 2018 ausgewählte Kommunen aus NRW in ihren vielfältigen Open-Government-Projekten unterstützt. Um die Open-Government-Projekte und -Aktivitäten auch über die Förderdauer hinaus im Sinne der Nachhaltigkeit zu begleiten und weitere Mitstreiter-Kommunen zu gewinnen, sollten die kommunalen Open-Government-Bestrebungen langfristig gefördert werden. Der Fokus dieser Förderung sollte auf dem Erfahrungsaustausch und der Vernetzung sowohl zwischen den Kommunalakteuren selbst, als auch zwischen Verwaltung auf Landes- und Bundesebene sein. Auch die Forcierung der gemeinsamen Öffentlichkeitsarbeit rund um Open Government könnte ein Aspekt der Förderung sein.

Civic Crowdfunding - Ideen von, mit und für die Bürger*innen! (100)

Beschreibung: Bislang fristet Crowdfunding in Deutschland noch immer ein Schattendasein. In anderen Ländern wird dieses partizipative Instrument der Ideenrealisierung schon länger durch die öffentliche Hand genutzt. Der Gestaltungsprozess in Städten und Kommunen findet oft noch mit klassischen Instrumenten statt. Bürger, die nicht in Stadt-/Gemeinderat oder Verwaltung tätig sind, stehen zu oft an der Seitenlinie und

werden in den bestehenden Gestaltungsprozessen oft nur unzureichend integriert. Gerade im Hinblick auf die Nutzung der Potenziale durch die Digitalisierung liegt hier viel Potenzial brach - egal ob für eine Lösung kommunaler Herausforderungen oder die Entfaltung schlummernder Potenziale.

Lösungsvorschlag: Die Entwicklung von Projekten aus der Mitte der Gesellschaft und der mit dem Crowdfunding verbundene Test der Relevanz bei Mitbürger*innen ist im kommunalen Kontext von größerer Relevanz als das eingesammelte Geld. In anderen Ländern gibt die öffentliche Hand neben einer Kofinanzierung (ähnlich Bürgerhaushalt | Beispiel London: <http://bit.ly/2jJ4cEz>) auch Unterstützung bei der Umsetzung von Ideen. In den Koalitionsverträgen von 2013/2018 wurde Crowdfunding zwar verankert, aber eine konkrete Umsetzung ist bislang ausgeblieben. Publikationen für einen Einsatz im kommunalen Kontext gibt es z.B. vom European Crowdfunding Network (<http://bit.ly/2GKMhK3>) und dem Fraunhofer Institut (<http://bit.ly/2GCg86h>).

Weiterentwicklung offenes Regierungs- & Verwaltungshandeln (102)

Beschreibung: Das Ziel von Open Government ist es, die Arbeit von Politik, Regierung, Verwaltung und Justiz (d. h. des öffentlichen Sektors insgesamt) offener, transparenter, partizipativer und kooperativer zu gestalten. Richtig umgesetzt wird Open Government eine nachhaltige Änderung der politischen Kultur zur Folge haben. Die zunehmende Komplexität und Heterogenität moderner Gesellschaften erfordert eine Dezentralisierung von Steuerungs- und Regelungsmechanismen.

- Die bisherige Kultur der politischen Beteiligung, die fast ausschließlich auf Wahltermine begrenzt war, sollte sich zu einer Kooperationskultur entwickeln, die die Zusammenarbeit zwischen Politik und Gesellschaft verstetigt und intensiviert.
- Die Hinwendung zu Open Government bedeutet so den Abbau von Politikverdrossenheit sowie die Entwicklung und Implementierung eines Instrumentariums zur Verbesserung der gesellschaftlichen Problemlösungsfähigkeit auf allen staatlichen Ebenen.

Lösungsvorschlag: Deutschland ist aktives Mitglied der OGP und trägt mit eigenen Erfahrungen und Impulsen zur Weiterentwicklung eines offenen Regierungs- und Verwaltungshandelns bei. Zugleich profitiert Deutschland vom Austausch mit den Vertretern von Regierung, Verwaltung und Zivilgesellschaft anderer Staaten. In einem offenen Prozess entwickeln alle eingebundenen Interessenvertreter gemeinsam alle zwei Jahre einen ambitionierten nationalen Handlungsplan. Wir setzen uns für eine Stärkung von Transparenz, Rechenschaftslegung, Korruptionsbekämpfung, Bürgerbeteiligung, offener Innovation und Verwaltungsmodernisierung in Deutschland ein. Dabei muss ein verantwortungsvoller Umgang mit Daten in offenen Strukturen gewährleistet werden. Das Erreichen der in den nationalen Handlungsplänen gesetzten Ziele wird von allen beteiligten Interessenvertretern begleitet und evaluiert. Dieser gesamtgesellschaftliche Prozess ist offen und inklusiv sowie agil und iterativ

Möglichkeiten von Eingaben und eigeninitiativer Aktivierung von Bürgerbeteiligung (110)

(Entstanden aus 13/ 9)

Herausforderung:

Es ist nicht klar geregelt, wann bzw. bei welchen Themen ein Ministerium ein Bürgerbeteiligungsverfahren einsetzt. Wenn es bei Themen, bei denen Bürgerinnen und Bürger eine Beteiligungsmöglichkeit wünschen, kein solches Verfahren gibt, sind die Partizipationsmöglichkeiten gering.

Lösungsvorschlag:

Bürgerinnen und Bürger sollen den Einsatz eines Beteiligungsverfahrens zu einem Thema vorschlagen können. So kann ermöglicht werden, dass sich Bürgerinnen und Bürger, bei Themen, die ihnen wichtig sind, beteiligen können.

Weitere Punkte finden Sie in der Dokumentation des Workshops "Beteiligung" unter <https://1n.pm/lomnK>.

Soziale Projekte durch webbasierte Matchfunktion fördern! (21)

Herausforderung:

Immer weniger Menschen engagieren sich. Das bedeutet nicht nur, dass Organisationen immer weniger helfende Hände haben, sondern auch, dass die Solidarität immer weniger wird und Menschlichkeit einfach zu kurz kommt. Stattdessen verbringen wir stundenlang in Social Media Profilen und wünschen uns das Leben der anderen. Dabei ist es super einfach unser Leben selber lebenswerter zu gestalten. Teilhaben, in einer Gemeinschaft sein, etwas bewegen, mitmachen, mitgestalten, Erfahrungen sammeln und Sinn stiften. All das sind Attribute die durch etwas Engagement erreicht werden können.

Soziale Projekte definieren wir wahlweise als klassisches Ehrenamt, Mithilfe bei Social Startups oder auch das Mitwirken bei Kollektiven die beispielsweise Subkultur in Städten fördern wollen.

Die zentrale Herausforderung besteht vor allem darin, soziale Projekte oder auch Ehrenamt attraktiv zu gestalten. Unsere Art zu denken hat sich vor allem durch Schnelllebigkeit und Social Media verändert. Wir wollen uns nicht mehr langfristig an Termine binden. Spontanität und Projektarbeit entsprechen unserer heutigen Art zu leben.

Lösungsansatz:

Hands On ist eine webbasierte Lösung die es Interessierten ermöglichen soll auf schnellstem Wege das passende Engagement zu finden. Hierbei ist es uns wichtig, dass durch verschiedene Filter der höchstmögliche Fit zwischen Interessent/in und Engagement hergestellt wird. Beispielsweise "Interesse", "Fähigkeiten", "Berufsausbildung", denn soziales Engagement funktioniert auch als Weiterbildung im eigenen Bereich. Um die Spontanität und Projektarbeit abzudecken ist es uns wichtig, eine Art Kalender anzubieten, in den

die/der Interessent/in sich direkt eintragen kann. Die dennoch wichtige Verbindlichkeit wird geregelt, indem nur bis zu einer Woche vorher abgesagt werden kann. Erscheint man drei mal nicht, wird die/der Interessent/in gesperrt.

Für unsere zweite Zielgruppe, die Organisationen, soll Hands On als eine Art Planungs- und Übersichtstool fungieren - unterstützt durch die Kalenderfunktion. Dementsprechend können Organisationen ihre Engagierten und die Terminplanung in unserer webbasierten Lösung vornehmen.

Ein weiterer Vorteil für die Organisationen ist unser Social Media Auftritt. Hier ist es uns wichtig, die einzelnen Organisationen vorzustellen und zu promoten.

Gerne würden wir in Zukunft ein Begegnungsraum schaffen, in dem sowohl Engagierte als auch Organisationen einen Raum haben, um Synergien durch Workshops und Austausch zu nutzen. Als auch einfach eine Möglichkeit sich zu informieren, treffen, schnacken und klönen. Aber das ist noch ein Traum.

Open Source in Verwaltung (45)

Herausforderung:

Software von privaten Anbietern im öffentlichen Sektor unterliegt oft einem Vendor-Lock-In und deren Geschäftsmodelle führen ggf. dazu, dass die genutzten Tools und/oder erzeugten Dateitypen zu schnell veralten.

Lösungsansatz:

Um digitale Nachhaltigkeit zu fördern, soll Open Source in der öffentlichen Verwaltung weiter gefördert werden. Dadurch sollen Digitalisate länger halten und ein Vendor-Lock-In vermieden werden. Ein konkretes Modell könnte sich an der Executive Order in den USA orientieren, auf deren Basis jährlich 10% mehr in Open Source der öffentlichen Verwaltung investiert werden muss.

Weitere Punkte finden Sie in der Dokumentation der Themeninsel "Nachhaltigkeit/SDGs" unter <https://1n.pm/lomnK>.

C. Vorschläge außerhalb der Zuständigkeit

Bei diesen Vorschlägen wird vermutet, dass die Bundesregierung als Adressat der Umsetzung nicht dafür zuständig sein könnte (Beispiel: kommunale Ebene; EU-Ebene; Bundestag).

Regelungen zu digitalen Signaturen für Petitionen (10)

Herausforderung:

Um das Beteiligungsinstrument der Petition im Zuge der Digitalisierung nahezu aller Lebensbereiche zeitgemäß einsetzen zu können, müssen klar definierte Regeln zu elektronischen Unterschriften etabliert werden.

Lösungsansatz:

Es soll eine Richtlinie formuliert werden, die die Sicherheit der persönlichen Daten gewährleistet und zugleich keine zu hohen Hürden der Partizipation darstellt. Eingereichte Online-Unterschriften von Petitionsplattformen zivilgesellschaftlicher Akteure sollen anerkannt werden, sofern sie die Anforderungen der Plattformen des Bundes und der Länder nicht unterschreiten. Die Petent*innen sollen die Wahl haben, auf welcher Online-Sammelplattform Unterschriften gesammelt werden.

Bearbeitungsfristen für Petitionen (11)

Herausforderung:

Aus einer Auswertung der Daten von 2010-2017 der Petitionsplattform des Deutschen Bundestages geht hervor, dass Petenten durchschnittlich 1,5 Jahre auf eine Entscheidung des Petitionsausschusses warten. 10% der Petenten warten 3-6 Jahre auf eine Antwort.

Lösungsansatz:

Bürger haben ein Recht auf eine zeitnahe und transparente Bearbeitung ihrer Bitten und Beschwerden. Der Petitionsausschuss muss mit dem dafür notwendigen Personal und den notwendigen Kompetenzen ausgestattet werden.

Petitionen: Recht auf Behandlung bei 100.000 Unterschriften (12)

Herausforderung:

Das Quorum für öffentliche Anhörungen im Petitionsausschuss liegt bei 50.000 Unterschriften in vier Wochen. Es gibt kein Quorum, das Anliegen auf die Tagesordnung des Bundestages zu setzen.

Lösungsansatz:

Eingereichte Petitionen mit 100.000 Unterschriften werden vom Petitionsausschuss als Vorlage auf die Tagesordnung des Bundestages gesetzt. Ein verbindliches Recht auf Behandlung von Bürgeranliegen gibt es bereits auf europäischer Ebene, aber auch in Deutschland auf Landes- und Kommunalebene. Das Quorum von 100.000 Unterschriften ist eine Abwägung zwischen der Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit des Parlaments und dem demokratischen Ideal, dass alle dringenden Anliegen die Abgeordneten erreichen

Landes-Open-Data-Gesetze (26)

Herausforderung: Das Open-Data-Gesetz (§12a EGovG) betrifft nur Bundesbehörden (unmittelbare Bundesverwaltung). Die Bundesländer sind hiervon nicht betroffen, obwohl hier ein großer Datenschatz liegt. Bisher gibt es nicht in allen Bundesländern Open-Data-Gesetze.

Lösungsvorschlag: Die Bundesländer müssen ihrer Erklärung im Bundesfinanzausgleich 2016 ("MPK-Beschluss") nachkommen und eigenständig Open-Data-Gesetze verabschieden, um das Open-Data-Umfeld in Deutschland weiter zu fördern.

D. Fachfremde Vorschläge

Vorschläge, bei denen nach eingehender Prüfung und Diskussion kein Zusammenhang zu Open Government erkennbar war, oder aus denen nicht plausibel eine mögliche Maßnahme der Regierung im Bereich Open Government erkennbar ist.

Raum für konstruktive Dispute im Internet (22)

Reform der EU-Datenbankrichtlinie (39)

Braunkohle Tagebau zu Pumpspeicherkraftwerken (47)

5G - Auswirkungen von Handynetzen auf die Umwelt (49)

Einführung von Beschaffungs-Richtlinien für Elektronik (50)

Einkauf regenerativer Energien für Verwaltung / Server (52)

Grüne Vorgaben für wirtschaftlich betriebene Cloud-Dienste (53)

Nachhaltige Stromversorgung deutscher Internet-Knoten (54)

Cradle-to-Cradle-Prinzipien bei öffentlichen Gebäuden (55)

Recycling von ausgedienten öffentlichen Elektroartikeln (56)

Recycling-Fähigkeit von Glasfaserkabeln (57)

Wirtschaft nachhaltiger machen durch
Gemeinwohl-Orientierung (58)

Solarenergie auf ungenutzten Dächern (Wohnhäuser & öffentl.)
(59)

H2 aus H2O & Öko-Strom für H2-Tankstellen (63)

H2 aus Abwasser plus Abwasser-Reinigung (64)

Verhüterli für Kohlekraftwerke und Industrie (66)

Arbeitsplätze der Zukunft (67)

Universelles; modulares Ausbildungssystem in der Pflege (69)

Universalcurriculum und modulare Ausbildung für Lehrer (70)

Kunststoffe in Textilien - Wie damit umgehen? (71)

Keinen Plastikmüll exportieren (72)

Bilderbücher für Blinde (73)

Lebensmittel retten (74)

Nachhaltige; menschenwürdige Lieferketten (75)

Toilettenpapier aus frischem Zellstoff verbieten? (76)

KI für verständliche Behörden-Kommunikation (ausschließlich
Produktwerbung) (83)

Sozialer Wohnungsbau / Das 'Wohnen' von Spekulation befreien
(94)

Förderung von LGBTQ Geschichten in Massenmedien (106)

Freiheit für Julian Assange! (107)

Anhang

Tabelle 1: Konsolidierung der Vorschläge

Nr	Status	Bearbeitungsfristen für Petitionen	Beurteilung im Workshop 9.5.
1	erledigt	Transparenz-Register [Idee aus Kick-off am 06.03.2019]	raus
2	erledigt	Verpflichtendes Lobbyregister (gibt einen neuere Version, siehe Nr. 8)	raus
3	erledigt	Ein offenes Transparenzregister (gibt einen neuere Version, siehe Nr. 6)	Argumente aus 3 in 6, dann raus
4	erledigt ist im Doc	Ein offenes Implantateregister	
5	erledigt	Verpflichtendes Lobbyregister [überarbeitet] (gibt einen neuere Version, siehe Nr. 8)	raus
6	erledigt	Offene Transparenzregister [überarbeitet]	Argumente aus 3 in 6
7	erledigt ist im Doc	Höhere Transparenz der Wahlergebnisse	
8	erledigt, ist im GDoc	Verpflichtendes Lobbyregister V3 [Überarbeitung 26.04.]	letzter Stand, ersetzt 2 und 5
9	zusammen geführt in 110	Initiativmöglichkeit [Idee aus Kick-off am 06.03.2019]	Cluster 110
10	erledigt ist im GDoc	Regelungen zu digitalen Signaturen für Petitionen	
11	erledigt ist im GDoc	Bearbeitungsfristen für Petitionen	
12	erledigt ist im GDoc	Petitionen: Recht auf Behandlung bei 100.000 Unterschriften	
13	zusammen geführt in 110	Zentr. Plattform für öffentl. Eingaben an die Bundesregierung (Ähnlich zu Idee 19)	eigenständig
14	91 (beinhaltet/ ersetzt 14, 86, 87, 89, 104)	Mehr Transparenz im vorparlamentar. Gesetzgebungsverfahren (Ähnlich zu Idee 87,89 & 91)	
15	erledigt	BundLänder-Plattform zu aktueller Öffentlichkeitsbeteiligung (gibt neuere Version, siehe Nr. 19)	raus

16	erledigt	Weiterbildungsmöglichkeiten in Verwaltungen ausbauen (gibt eine neuere Version, siehe Nr. 18)	raus
17	erledigt	Verankerung digitaler Kompetenzen in der Zivilgesellschaft (Ähnlich zu Idee 51)	
18	erledigt	Weiterbildungsmöglichkeiten in Verwaltungen [überarbeitet]	
19	erledigt, eigenständig	Bund/Länder-Plattform für Beteiligung [überarbeitet] (Ähnlich zu Idee 13)	eigenständig
20	erledigt	Mehr Jugendbeteiligung	ggf. 13?
21	erledigt	Soziale Projekte durch webbasierte Matchfunktion fördern!	überarbeiten oder raus
22	erledigt	Raum für konstruktive Dispute im Internet	raus
23	erledigt	Losbasierte Bürgerräte auf Bundes- und EU-Ebene (teilweise nicht Bundes-Zuständigkeit)	überarbeiten ?
24	erledigt ist im GDoc	Staatsminister*in für Bürgerbeteiligung auf Bundesebene	
25	erledigt ist im GDoc	Digitales Ehrenamt nachhaltig fördern	
26	erledigt ist im GDoc	Landes-Open-Data-Gesetze [Idee aus Kick-off am 06.03.2019]	Länder zuständig; nicht konsolidierbar
27	erledigt	Freier Zugang zum Gemeinsamen Ministerialblatt (gibt eine neuere Version, siehe Nr. 38)	raus
28	erledigt	Open Data in Ausschreibungen fordern (gibt eine neuere Version, siehe Nr. 36)	raus
29	erledigt ist im GDoc	Öffnung von govdata für Jedermann	
30	erledigt	Öffentliche Haushalte in maschinenlesbarer Form (gibt eine neuere Version, siehe Nr. 37)	raus
31	erledigt	Erschließung und Ausbau des nationalen Datenraums	eigenständig
32	erledigt	Standardisierung von regionalen Mängel-Melder Apps	
33	zusammengeführt als 111	Linked Open Data	ggf ähnlich zu 42, ggf. mit 33 zusammenlegen
34	erledigt	Offene Urteile: Transparenz im Namen des Volkes	ggf. mit 103 verlinken
35	erledigt ist im Doc	Offene Daten für 'Mobility as a Service' (MaaS)	
36	erledigt ist im GDoc	Open Data in Ausschreibungen fordern [überarbeitet]	ggf. umformulieren
37	erledigt ist im Doc	Öffentliche Haushalte in maschinenlesbarer Form [überarb.]	

38	erledigt, ist im GDoc	Freier Zugang zum Gemeinsamen Ministerialblatt [überarb.]	
39	erledigt	Reform der EU-Datenbankrichtlinie (keine Bundes-Zuständigkeit)	raus
40	erledigt ist im GDoc	Zentrales Verzeichnis für Open Data Anwendungen	
41	erledigt ist im Doc	XÖV SPEC - Iterative Datenstandards	
42	in Arbeit, 111	Spezifikation für die Qualität von Open Data	ggf. 33 hier integrieren
43	in Arbeit, 111	Nationale (Open-)Data-Strategie	ggf. mit 31 zusammenlegen
44	erledigt ist im GDoc	Verbesserte INSPIRE-Umsetzung (in der Beschreibung ist auch von europaweiten Maßnahmen die Rede)	
45	erledigt	Open Source in Verwaltung [Idee aus Kick-off am 06.03.2019]	82 und 45 zusammenlegen + ggf. 60
46	erledigt ist im GDoc	Schnittstelle zu FridaysforFuture (Ähnlich zu Idee 61)	ähnlich zu 61, ggf. zusammenlegen
47	erledigt	Braunkohle Tagebau zu Pumpspeicherkraftwerken	raus
48	erledigt	Digitale Nachhaltigkeit und nachhaltige Digitalisierung	raus
49	erledigt	5G - Auswirkungen von Handynetzen auf die Umwelt	raus
50	erledigt	Einführung von Beschaffungs-Richtlinien für Elektronik	raus
51	erledigt	Digitale Befähigung von Klimaschutzmanager*innen	ähnlich zu 19
52	erledigt	Einkauf regenerativer Energien für Verwaltung / Server	raus
53	erledigt	Grüne Vorgaben für wirtschaftlich betriebene Cloud-Dienste	raus
54	erledigt	Nachhaltige Stromversorgung deutscher Internet-Knoten	raus
55	erledigt	Cradle-to-Cradle-Prinzipien bei öffentlichen Gebäuden	raus
56	erledigt	Recycling von ausgedienten öffentlichen Elektroartikeln	raus
57	erledigt	Recycling-Fähigkeit von Glasfaserkabeln	raus
58	erledigt	Wirtschaft nachhaltiger machen durch Gemeinwohl-Orientierung	raus
59	erledigt	Solarenergie auf ungenutzten Dächern (Wohnhäuser & öffentl.)	raus

60	erledigt	Transparenz + Nachhaltigkeit bei Hard- & Softwarebeschaffung	ggf. 45 und 79
61	erledigt ist im GDoc	Aufbau einer digitalen Dialogplattform zu Klimaschutzziele	
62	erledigt ist im GDoc	Ökobilanzierung verpflichtend für alle Produkte & Leistungen	drin lassen, ggf. überarbeiten
63	erledigt	H2 aus H2O & Öko-Strom für H2-Tankstellen	raus
64	erledigt	H2 aus Abwasser plus Abwasser-Reinigung	raus
65	erledigt	e-Park (keine Bundes-Zuständigkeit)	überarbeiten
66	erledigt	Verhüterli für Kohlekraftwerke und Industrie	raus
67	erledigt	Arbeitsplätze der Zukunft	raus
68	erledigt	Universelle; transparente, modulare Aus- & Weiterbildung	drin lassen, ggf. überarbeiten
69	erledigt	Universelles; modulares Ausbildungssystem in der Pflege	raus
70	erledigt	Universalcurriculum und modulare Ausbildung für Lehrer	raus
71	erledigt	Kunststoffe in Textilien - Wie damit umgehen?	raus
72	erledigt	Keinen Plastikmüll exportieren	raus
73	erledigt	Bilderbücher für Blinde	raus
74	erledigt	Lebensmittel retten	raus
75	erledigt	Nachhaltige; menschenwürdige Lieferketten	raus
76	erledigt	Toilettenpapier aus frischem Zellstoff verbieten?	raus
77	erledigt	Gemeinsame Resilienz gegen Angriffe auf offene Gesellschaft (gibt eine neuere Version, siehe Nr. 81)	raus
78	erledigt, eigenständig	Gemeinsames nachhaltiges Innovationsmanagement	ggf. 78 und 85
79	erledigt	Förderung offener Hardware-Standards	
80	erledigt, ist im GDoc	Offene künstliche Intelligenz in der öffentlichen Verwaltung	
81	erledigt ist im GDoc	Gemeinsame Resilienz von Staat und Zivilgesellschaft [V3]	
82	erledigt, eigenständig	Nutzung Freier Software	82 und 45 zusammenlegen
83	erledigt - in Teil D	KI für verständliche Behörden-Kommunikation	Produktwerbung! Vorschlag: raus!
84	erledigt ist im GDoc	OpenDataFUND für Open-Data-basierte Wirtschaftsförderung	

85	erledigt in Teil B	Innovations- und Problemlösungsprozess der öffentlichen Hand	ggf 78 und 85
86	erledigt	Legislativer Fußabdruck [Idee aus Kick-off am 06.03.2019] (gibt eine neuere Version, siehe Nr. 89)	raus
87	zusammengeführt als 91	Transparenz für Gesetzesvorschläge und Änderungen (Ähnlich zu Idee 14, 89 & 91)	
88	erledigt ist im GDoc	European Legislation Identifier (ELI)	
89	zusammengeführt als 91	Legislativer Fußabdruck [überarbeitet] (Ähnlich zu Idee 14, 87 & 91)	
90	erledigt	Erweiterte Öffentlichkeitsbeteiligung bei Gesetzgebung (Ähnlich zu Idee 14, 87, 89, 91, 104)	eigenständige IDEE - wenig Ähnlichkeiten zu den anderen Punkten
91	erledigt, ist im GDoc	Legislative Fußspur (überarbeitet im Teamworkshop 26.4.19) (Ähnlich zu Idee 14, 87 & 89)	neueste Version (prüfen ob 14,86,87,89) andere infos enthalten)
92	in Arbeit, 111	Ebenen-übergreifende Linked Data Spezifikation	ggf. mit 33 / 42 zusammenlegen --> Verbindung mit Legislativer Fußspur (91) prüfen
93	erledigt, da Nr 98	Regionale Open Gov Labore [Idee aus Kick-off am 06.03.2019] (gibt eine neuere Version)	raus
94	erledigt	Sozialer Wohnungsbau / Das 'Wohnen' von Spekulation befreien	raus
95	erledigt ist im GDoc	Transparentes Prozessregister für OZG auf FIM-Basis	
96	erledigt ist im Doc	Open Government Pakt und Vernetzung der Bundesländer	
97	erledigt ist im GDoc	Soziale Innovationen für die Gestaltung smarterer Städte	
98	erledigt ist im Doc	Open Gov Labs [überarbeitet]	Überarbeitung von 93
99	erledigt ist im Doc	Weiterführung & Vernetzung der OpenGovernment Modellkommunen	
100	erledigt ist im GDoc	Civic Crowdfunding	
101	erledigt ist im Doc	Open Gov kommunizieren [Idee aus Kick-off am 06. März]	konkreter als 102
102	erledigt ist im Doc	Weiterentwicklung offenes Regierungs- & Verwaltungshandeln	kann als allgemeiner Apell ggf. bleiben

103	erledigt in Teil B	Offene Justiz	ggf. geringer priorisieren, weil kein konkreter Vorschlag
104	zusammengeführt als 91	Offene Legislative: Offener Deutscher Bundestag (Ähnlich zu Idee 14, 87, 89, 91)	14, 87,89 prüfen ähnlich?
105	erledigt ist im GDoc	Genossenschaft für gemeinsames Handeln schaffen	
106	erledigt	Förderung von LGBTQ Geschichten in Massenmedien	raus
107	erledigt	Freiheit für Julian Assange!	raus
108	25 einzeln (A), 61 einzeln (A), 51 einzeln (D), 46 einzeln (A), 20 einzeln (B), 17 einzeln in (A)	Zusammenfügen von 25/ 17 / 20 / 61 / 46 / 51 Aktivierung der Zivges. und Zurverfügungst. von Beteiligungsmöglichkeiten	25 einzeln (A), 61 einzeln (A), 51 einzeln (D), 46 einzeln (A), 20 einzeln (B), 17 einzeln in (A)
109	23 & 24 einzeln in A	Strukturelle Veränderungen für mehr Beteiligung auf Bundesebene (10/ 11 / 12)	10,11,12 sind unter C zu finden!
110	erledigt, 19 eigenständig	Möglichkeiten von Eingaben und eigeninitiativer Aktivierung von Bürgerbeteiligung (13 / 9)	
111	44 33 42 92 mergen	Cluster: Open Data Qualität verbessern	
112	in bearbeitung	Kleine Anfragen Open Data	
113	neo, kommt zu 111	Informationen über die Barrierefreiheit von öffentlichen Gebäuden als Open Government bereitstellen	